contraste
zeitungfürselbstorganisation

408 | 35. JAHRGANG | SEPTEMBER 2018 | 4'50 EUR | www.contraste.org

NACHRICHTEN Die Parade von »Welcome united« findet am 29. September in Hamburg statt. 3

PROJEKTE Das Thema »Arbeit« steht im Fokus der Wandelwoche Berlin/Brandenburg. 4

BEWEGUNG Die Zapatistas haben zu einem weltweiten Frauen*treffen nach Chiapas eingeladen. 6

THEORIE Nachhaltiger Aktivismus: Wir stellen das Konzept der »Tiefenökologie« vor. 8

BIOTONNE Musik auf der Startbahn: Ein Bericht vom Go-in im Fliegerhorst Büchel. 13

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

▲ Europäisches Nyeleni-Treffen 2016 in Rumänien. Foto: nyelenieurope.net

Die Zeit ist reif

Hunderte Organisationen und Bewegungen haben sich in den letzten Jahren in verschiedensten Aktivitäten und Kämpfen engagiert, um das Recht auf Ernährungssouveränität durchzusetzen bzw. zu verteidigen. Seit 2007 hat der Zusammenschluss dieser Bewegungen einen Namen: Nyeleni.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Nyeleni ist der Name einer kämpferischen Bäuerin aus Mali und kämpferisch zeigt sich auch die Bewegung für Ernährungssouveränität. Das Besondere an dieser Bewegung ist, dass sie wirklich in allen Kontinenten vertreten ist und indigene Gruppierungen darin eine tragende Rolle spielen. In der Bewegung engagieren sich Bäuerinnen und Bauern, Fischer*innen und Hirt*innen, Landlose und Landarbeiter*innen, Indigene und Migrant*innen, aber auch Konsument*innen, Stadtaktivist*innen und Umweltschützer*innen.

Der holländische Agrarsoziologe van der Ploeg konstatiert die Entstehung einer »new peasantry«, eines »neuen Bauernstandes« an vielen verschiedenen Orten der Welt. Entgegen der Meinung, bäuerliches Leben sei traditionell, rückwärtsgewandt und zum Aussterben verurteilt, entgegen dem Mainstream des »Wachsen oder Weichens« hat sich eine neue Generation von Bäuerinnen und Bauern herausgebildet, die der neoliberalen Agrarindustrie, Gentechnologie und Monokulturen eine lebendige, kleinräumige und zukunftsfähige Art des Landwirtschaftens entgegensetzt. Mit Stolz verkünden sie »small farmers feed the world« und »small farmers cool down the planet« und verweisen damit darauf, dass diese Art des Umgangs mit der Natur sowohl die Ernährung sichern als auch dem Klimawandel entgegenwirken kann.

Van Ploeg und Kollegen haben diese neuen Initiativen in Europa, China und Brasilien untersucht und verglichen. Sie fanden heraus, dass sich zwar die Akteure unterscheiden, sowie die Probleme, auf die sie reagieren, dass es sich aber um vergleichbare soziale Praktiken handelt, die viele Gemeinsamkeiten aufweisen. In Europa sind es eher einzelne Bäuer*innen, die sich erst später vernetzen und mit Konsument*innen zusammenschließen, in Brasilien geht die Initiative meist von sozialen Bewegungen aus, in China spielt der Staat eine größere Rolle. Gemeinsam ist allen der Fokus auf neue Produkte, Produktionsweisen oder Dienstleistungen, die den Bäuer*innen ein gesichertes Einkommen schaffen und gleichzeitig natürliche Ressourcen erhalten oder sogar verbessern. Ziel ist das Erreichen eines gewissen Maßes an Autonomie, und da sich die Projekte in horizontalen Netzwerken entfalten, verbessern sie nicht nur das Leben der Bäuer*innen, sondern auch eines weiteren Umfelds.

Ihre Erfolge verdanken sie, so die Forscher, einer gewissen Sturheit und Dickköpfigkeit, mit der sie gegen die vorherrschenden Institutionen und Systeme und gegen ihr eigene Marginalisierung angehen. Sie sprechen von rebellischen Geistern, von einer Praxis des Widerstands, die sich aber nicht im »Dagegensein« erschöpft, sondern selbst Neues schafft. Van der Ploeg sieht sie als Samen oder Keimlinge neuer sozio-technischer Praktiken ländlicher Produktion und Vermarktung und daraus resultierender neuer Beziehungen zwischen Mensch und Natur und zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Der Schwerpunkt beginnt mit einer inhaltlichen Einführung von Julianna Fehlinger und Franziskus Forster und einem Bericht vom österreichischen Nyeleni-Forum 2018. Eine Art »Schwerpunkt im Schwerpunkt« beschäftigt sich auf Seite 10 mit dem aktuellen Thema Flucht und Migration im Zusammenhang mit Ernährungssouveränität. Auf Seite 11 findet sich ein Beitrag über die Situation von Bäuer*innen und Landarbeiter*innen in Palästina. Die Bewegung für Ernährungssouveränität findet ihr wissenschaftliches Gegenüber in der Agrarökologie, die auf Seite 12 von Franziskus Forster vorgestellt wird, mit praktischen Beispielen aus Asien und Afrika.

Diese Schwerpunktausgabe soll Handlungsmöglichkeiten eröffnen, die weit über ein »richtiges Einkaufen« hinausgehen. Nur gemeinsam kann eine Welt ohne Hunger, ohne Ausbeutung und Umweltzerstörung Wirklichkeit werden.

KLIMACAMP IM RHEINLAND

Bewegung entwickelt Strategie für 2019

Die Bilanz des Klimacamps im Rheinland fällt positiv aus: Es gab zahlreiche Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Anwohnenden, unter anderem eine Andacht an der Ruine des Immerather Doms. Diese Aktivitäten wie auch die Strategiekonferenz zeugen von der Verbreiterung und Stärkung der Klimagerechtigkeitsbewegung. In den kommenden Monaten rücken der Kampf um die Dörfer und insbesondere um den Hambacher Forst in den Fokus.

KLIMACAMP RHEINLAND, ERKELENZ

»Die Resonanz aus der Bevölkerung war fantastisch«, freut sich Johanna Winter, Sprecherin des Klimacamps. »Uns ist der Austausch wichtig. Wenn wir uns zusammentun, können wir RWE stärker entgegentreten und uns schützend vor die Dörfer stellen, die der Konzern für den Kohleabbau zerstören will.« Landschaft und Dörfer, die von Abbaggerung bedroht sind, wurden auf einer mehrstündigen Fahrradtour am Samstag erkundet, an der sich rund 80 Teilnehmende des Klimacamps sowie Anwohnende aus dem Rheinland beteiligten.

Neben lokalen Bündnissen lag der Fokus des diesjährigen Klimacamps auf Reflektion und Strategiefindung. Die »Strategiekonferenz der deutschsprachigen Klimagerechtigkeitsbewegung« ging am 19. August zu Ende. Die Konferenz zeigte, wie breit die Bewegung mittlerweile aufgestellt ist. So reicht die Bandbreite von Braunkohle über Mobilität bis zu Kämpfen für eine klimagerechte Landwirtschaft.

Deutlich wurde auch, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung sich formiert, um in den kommenden Wochen den Hambacher Forst vor der Rodung zu schützen. »RWE und Polizei haben angekündigt, die Baumhaus-Besetzungen noch vor Oktober zu räumen. Dafür werden sie breite Schneisen in den Wald schlagen – das ist eine faktische Rodung, die völlig unrechtmäßig ist. Als Menschen allen Alters und aller Herkünfte werden wir uns dem entgegenstellen und diesen wunderschönen Wald retten«, kündigt Maja Rothe vom Klimacamp an.

Fotos und weitere Infos: www.klimacamp-im-rheinland.de, hambacherforst.org

INHALTSANGABE

NACHRICHTEN SEITE 3
»WELCOME UNITED«-PARADE
LEBENSLAUTE-AKTION

PROJEKTE SEITE 4
WANDELWOCHE BERLIN/BRANDENBURG

PROJEKTE SEITE 5
GEMEINSCHAFT SONNENWALD SCHERNBACH
VERNETZUNG BAUKOLLEKTIVE

BEWEGUNG SEITE 6
FRAUEN*TREFFEN IN CHIAPAS

GENOSSENSCHAFT SEITE 7
BÜRGERWERKE EG, HEIDELBERG
E-MOBILITÄT FÜR ALLE, STUTTGART

THEORIE SEITE 8
TIEFENÖKOLOGIE

SCHWERPUNKT SEITE 9
ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT ALS DEMOKRATISIERUNGSPROZESS

FRÜHJAHRSTEFFEN DER NYÉLÉNI-BEWEGUNG

SEITE 10
MIGRANTISCHE ARBEITSKRÄFTE
ORGANISIERUNG VON ERNTEHELFER*INNEN

SEITE 11
ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT IN PALÄSTINA

SEITE 12
AGRARÖKOLOGIE ALS ZUKUNFTSVISION

BIOTONNE SEITE 13
GO-IN IM FLIEGERHORST BÜCHEL
DAS WUNDER VON MALS

KUNST & KULTUR SEITE 14
PHILOCAFÉS
AUSSTELLUNG NOVEMBERREVOLUTION

REZENSIONEN SEITE 15
ENERGIEWENDE DER BÜRGER
UNTERWEGS IN KREUZBERG
SMARTE GRÜNE WELT?
ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT
DIE ANDERE STADT

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

BERICHT VOM SOMMERPLENUM

Brainstorm an der Losse

ARIANE DETTLOFF UND HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

▲ Eva Schmitt, Heinz Weinhausen, Burghard Flieger, Regine Beyß, Ariane Dettloff, Hans Wieser, Brigitte Kratzwald, Ulrike Kumpe, Kai Böhne, Uli Frank (v.l.n.r.). Foto: CONTRASTE

In der Kommune Lossehof tagten am ersten Juli-Wochenende zehn Contraste-Redakteur*innen. Den alten Bauernhof im hessischen Oberkaufungen – direkt an der Losse gelegen – haben um die 15 Kommunard*innen vor dem Verfall gerettet. So erfreuten wir uns an dem sanierten Fachwerk, den blauen Holzverschalungen, dem roten Ziegeldach und dem üppig bewachsenen Hofgelände. Georg führte uns durchs Haupt- und Gesindehaus mit dem kühlenden Gewölbekeller voller Vorräte und den Bauwagenplatz. Unter der Korkenzieherweide wuchsen unsere Ideen. Unsere nächsten Schwerpunkte sind unter anderem: Faire Kleidung, Bildung selbstorganisiert, Solidarity Cities.

Wir überlegten weiter zur Neugestaltung der Contraste-Homepage. Nutzerfreundlicher und informativer soll sie werden. Eine AG kümmert sich darum. Sorgen gab es auch: Bei der Aktion 2018 sind bisher nur 50 Prozent des Spendenbedarfs eingegangen. Die Abozahlen sind leicht rückläufig, weniger bezahlte Anzeigen wurden geschaltet. Darum wollen wir unsere Präsenz bei Camps, Tagungen, Demos und Konferenzen ausweiten. Wir wollen Menschen persönlich ansprechen und für die Contraste gewinnen. Schließlich berichten wir stets aus der Welt voller Lösungen und vom Neuem im Alten. Außerdem können wir neuen Abonnent*innen wieder Buchprämien anbieten.

Unser nächstes Redaktionsplenum wie auch die Mitgliederversammlung des Contraste-Vereins findet vom 11. bis 13. Januar in Kassel in der Kommune Villa Locomuna statt. Dazu laden wir unsere Leser*innen herzlich ein.

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

EIne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

Änderungen bitte an: abos@contraste.org

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99
Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2018

¡Muchas gracias! ¡Fantástico!

Liebe Leser*innen,

die Weltlage ist düster, aber im Kleinen erleben wir von der Contraste-Redaktion gerade viel Hoffnungsvolles. Unsere journalistische Arbeit für Neues im Alten wird sehr geschätzt, wir sollen weitermachen. Was wir ja natürlich auch wollen, fantastisch. Finanziell erreichten uns nämlich solidarische Fördermittel von der Genossenschaft »Café Libertad« in Höhe von 3.000 Euro. Diese gehen nicht in die »Aktion 2018« ein, wir verwenden das Geld, um außerplanmäßige Finanzlücken zu schließen, die Umgestaltung unserer Homepage voranzubringen und endlich mal was in den Sparstrumpf für schlechte Zeiten zurückzulegen. Das beruhigt unsere Nerven enorm. Ebenso hat dazu sehr beigetragen, dass weitere 1.579,01 Euro an Spenden eingegangen sind. Auch betterplace.org ist wieder dabei. So konnte die Seite 9 dieser Ausgabe finanziert werden. Wir sind tatsächlich aus dem Gröbsten raus, würden aber doch sehr gerne unser Spendenziel von 6.000 Euro erreichen, um unsere finanzielle Lage zu stabilisieren. Für die »Aktion 2018« fehlen uns nun »nur« noch 1.564,99 Euro. Vielleicht ist noch was möglich? Die »Aktion 2018« endet Mitte Oktober.

Auch beim Contraste-Bezug hat sich viel getan. Der Negativtrend der letzten Monate hat sich umgekehrt. Gleich fünf neue Abos wurden geordert, darunter zwei befristete Geschenkabos (eine gute Idee!). Zwei Förderabos kamen dazu. Ein Normalabo wurde in eine Fördermitgliedschaft umgebucht, was auch steuerliche Vorteile bringt. Ein Abo wurde aus finanziellen Gründen gekündigt. Hier könnte ein weiteres Geschenkabo weiterhelfen. Zwölf Schnupperabos wurden bestellt.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte in den Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail.

Aus der Contraste-Redaktion dankt herzlich und grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

D.G.	200,00
L.C+M.L.	16,00
Felix Ernst, Düsseldorf	100,00
B.H.	200,00
W.N.	100,00
M.C.	50,00
W.V.	20,00
absent friends e.V., Berlin	500,00
G.G.	0,50
betterplace.org	292,51
Hans Wieser für Website	100,00

Spendenticker Aktion 2018: Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **1.564,99 Euro**

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

HAMBURG

Gemeinsam gegen Rassismus

Die antirassistische Parade »We'll Come united« soll in diesem Jahr zum zweiten Mal stattfinden. Für den 29. September mobilisieren Geflüchtete und Unterstützer*innen in ganz Deutschland, um gemeinsam ein großes und wirksames Zeichen für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle zu setzen.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

▲ Rund 10.000 kamen im letzten Jahr nach Berlin zur ersten Welcome United-Parade. Foto: Umbruch Bildarchiv

Mehr als 10.000 Menschen sind im vergangenen Jahr nach Berlin gekommen, um kurz vor der Bundestagswahl gemeinsam gegen rassistische Hetze zu protestieren. 100 Gruppen beteiligten sich an der langen Parade, 19 LKW wurden eigens geschmückt. Es war bunt, laut und beeindruckend – da waren sich Teilnehmer*innen und Medien im Anschluss einig: »Berlin im September 2017 war ein Fest und ein Anfang. Wir haben für unsere Stimme und unsere Rechte demonstriert, aber viel wichtiger noch – wir haben uns selbst neu gefunden: Wer und wie viele wir sein können«, schreibt das bundesweite Netzwerk »We'll Come united« (siehe Infokasten).

Auch in diesem Jahr wollen die Organisator*innen wieder ein solches Zeichen setzen, denn weiterhin sterben Menschen im Mittelmeer, leben unter unmenschlichen Bedingungen in Camps und sind zunehmend mit rassistischer Gewalt konfrontiert. Im Gegensatz dazu soll die Parade für eine Politik der Solidarität stehen.

200 Organisationen, Initiativen, Cafés und Clubs, Vereine, Kulturinstitutionen, selbstorganisierte Migrant*innengruppen, Willkommensinitiativen, Künstler*innenkollektive und NGOs gehören zu den Erstunterzeichner*innen des Demo-Aufrufs. Darunter u.a. Lampedusa in Hamburg und Jugendliche ohne Grenzen, das Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland, mehrere Flüchtlingsräte, das Tribunal »NSU-Komplex auflösen«, die Seenotrettungsorganisationen Sea-Watch und Jugend rettet, die NGO medico international, die Fußballclubs FC St. Pauli und SV Babelsberg 03 und das Hamburger Theater Kampnagel – Zentrum für schönere Künste.

Gegen rechten Diskurs

»Das Problem in ganz Europa heißt nicht Migration, das Problem heißt Rassismus«, so Newroz Duman, Sprecherin des Netzwerks. »Allein in den letzten Wochen zieht sich ein roter Faden des Rassismus durch die Öffentlichkeit, der von der AfD über Christian Lindner, vom medialen Spektakel zu Ellwangen bis zur Neuregelung des Familiennachzugs reicht. Wir werden uns an diesem rechten Diskurs nicht beteiligen. Wir lassen uns nicht in ›gute‹ und ›schlechte‹ Migrant*innen spalten. Wir stehen auf der Seite all jener, die der täglichen Hetze, dem Grenzregime und der Entrechtung ausgesetzt sind und sich dagegen wehren. Je mehr Abschiebungen verhindert werden, desto besser.«

Widerstand sichtbar machen

Das Netzwerk berichtet, dass allein im Jahr 2017 über 3.000 Menschen auf dem Mittelmeer gestorben oder verschwunden sind, weil sie Europa erreichen wollten. Im gleichen Zeitraum wurden in Deutschland 2.200 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten gezält. 180 Mal wurden solidarische Helfer*innen angegriffen. 950 Mal waren Muslime und muslimische Einrichtungen betroffen. Außerdem wurden 1.453 antisemitische Straftaten registriert. Über 5,5 Millionen Wahlberechtigte wählten bei der letzten Bundestagswahl die offen rassistische AfD.

Die Parade in Hamburg soll die Stärke und Vielfältigkeit der antirassistischen Bewegung zeigen, die zu oft unsichtbar bleibt. »Ob auf dem Mittelmeer, im Kampf gegen Abschiebungen oder in der Willkommensinitiative: Die gelebte Solidarität von Unzähligen ist die praktische Antwort auf den alten und neuen Rassismus«, so Duman. Sie hätten längst angefangen, eine andere Welt zu bauen. Mit jeder gemeinsam erledigten Aufgabe und durch gegenseitige Hilfe sammelten sie neue Stärke. Ob bei der Behörde, auf dem Rettungsboot im Mittelmeer, beim Jobcenter, bei der Wohnungsbesichtigung oder in der Schule – sie würden nicht aufhören, alte und neue Machtstrukturen und das weltweite System des Kolonialismus zu bekämpfen. Die Aktivist*innen wollen sich nicht trennen oder spalten lassen. Ob »Deutscher« oder »Ausländer«, ob »Flüchtling« oder »Sachse«, ob aus Dortmund oder Damaskus, aus Afrin oder Athen, aus Kabul oder Kassel: Es gehe um alle – und um die Gesellschaft, in der wir miteinander leben wollen.

Seit Monaten sind Aktivist*innen von »We'll come united« im Rahmen einer »Swarming«-Tour in ganz Deutschland unterwegs. Sie besuchen Lager und abgeschiedene Unterkünfte von Geflüchteten und Unterstützungsgruppen, um die Menschen in ihren täglichen Auseinandersetzungen zu stärken. In Diskussionen und Austauschrunden, mit Ausstellungen und Filmausschnitten wollen sie zur Verbreitung von Widerstandserfahrungen beitragen. Dabei geht es unter anderem um Dublin-Abschiebungen in Europa, Bürger*innenasyl gegen Abschiebungen nach Afghanistan, die »neuen« alten Rückübernahmeabkommen, z.B. mit Pakistan und Äthiopien, Bildung für alle und die Isolation in den Lagern.

Aus vielen Städten wird am 29. September eine gemeinsame Anreise per Bus und Bahn nach Hamburg organisiert. Unter www.welcome-united.org sind alle aktuellen Informationen und Kontaktmöglichkeiten zu finden. Hier kann auch weiterhin der Aufruf »Gegen Abschiebung, Ausgrenzung und rechte Hetze – für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle« unterzeichnet werden.

Eine große Koalition

»We'll Come United« ist ein bundesweites Netzwerk aus Gruppen und Personen, die sich sozial, antirassistisch, kulturell und politisch engagieren. Es ist eine Koalition aus Refugees und Supporter*innen, aus Wissenschaftler*innen, Lehrer*innen, aus Nachbar*innen, aus Menschen aller Altersgruppen und aus verschiedensten Bereichen der Gesellschaft. Im September 2017 fand in Berlin die erste We'll Come United-Parade statt: Vielfältig, laut und bunt hat der antirassistische Zusammenschluss kurz vor der Bundestagswahl auf Berlins Straßen ein Zeichen gesetzt. Seitdem hat sich das Netzwerk um viele Gruppen und Menschen erweitert, um dieses Jahr in Hamburg als Demo, als Karneval, als Parade mit Musik und Performance gelebten Antirassismus und Solidarität sichtbar zu machen

MELDUNGEN

Dokumentation zu G20-Protesten

Soeben ist die 120-seitige Dokumentation »NO G20« erschienen. Sie enthält eine umfangreiche Materialsammlung zu den vielfältigen Protesten gegen das Gipfeltreffen im Juli 2017 in Hamburg sowie deren Folgen und politische Aufarbeitung. Ergänzend zu der Broschüre sind auf den eingelegten zwei DVDs zahlreiche Aufrufe, Flugblätter, Plakate, Fotos, Zeitungsberichten u.v.m. sowie fünf Stunden Videomaterial dokumentiert. Für die Broschüre im Format A 4 wird ein Kostenbeitrag von 8 Euro pro Exemplar (für Wiederverkäufer Innen 7 Euro) erhoben.

Kontakt: broschuerengruppe@posteo.de

»Ausstieg jetzt!« bei Stuttgart21

Die Stuttgarter Bewegung gegen Stuttgart21 sagt zwar inzwischen schon seit acht Protest-Jahren, dass das Immobilien- und Bahnprojekt die Stadt zerstört, die Bahnhofkapazität reduziert, gefährlich und unwirtschaftlich ist. Letztere Aussage hat jedoch Mitte Juni bei der Anhörung im Bundestagsverkehrsausschuss eine neue Brisanz erhalten: Unter anderem war Thilo Sarrazin als Experte geladen, da er in den Jahren 2000 und 2001 zeitweilig für den Netzbereich der Deutschen Bahn AG verantwortlich war.

Er sagte aus, dass Stuttgart21 schon damals »völlig unrentabel« gewesen sei, dass aber die DB als Gegenleistung »den ganzen Nahverkehrsvertrag für Baden-Württemberg« ohne Ausschreibung völlig überteuert für die Laufzeit von 13 Jahren gewonnen habe. Inzwischen sind die offiziell zugegebenen Kosten mit 8,2 Mrd. Euro etwa drei mal so hoch wie zu Beginn.

Der Bahnexperte Winfried Wolf kritisierte in seiner Rede an der 420. Montagsdemo, dass Sarrazins Aussage »den ernsthaften Verdacht von Bestechung oder Schmiergeldzahlung rechtfertigt«.

Doch aus der Politik – auch seitens den »grünen« Verantwortlichen – gab es auf diese Enthüllungen kaum Reaktionen. Daher hat Wolf zusammen mit dem Stuttgarter SÖS-Gemeinderat Tom Adler und dem Nachdenkseiten-Herausgeber Albrecht Müller einen Appell an den Bundestag zum Ausstieg aus Stuttgart 21 veröffentlicht. Außerdem fordern sie, das von der Widerstandsbewegung ausgearbeitete Konzept »Umstieg21« zu prüfen und danach zu realisieren.

Appell unterstützen:
www.stuttgart21-ausstieg-jetzt.de/

KLASSISCHE MUSIK UND POLITISCHE AKTION

Lebenslaute blockieren Bundesamt für Verfassungsschutz

Mehrere Stunden lang störte das Aktionsnetzwerk »Lebenslaute« am 20. August den Betriebsablauf vor dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln-Volkhoven. Die Polizei setzte der Aktion ein Ende, doch die Musiker*innen kamen gleich am nächsten Tag wieder.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Ab 5 Uhr morgens blockierten die Aktivist*innen alle Zugänge zum BfV. Die Mitarbeiter*innen kamen so erst mit mehrstündiger Verspätung in ihre Büros. Um 9.30 Uhr begann die Polizei mit der Räumung. Einsatzkräfte nahmen daraufhin den Musiker*innen ihre Instrumente ab und trugen oder führten Sänger*innen zur Seite. Im Anschluss wurden die Personalien aufgenommen, Platzverweise ausgesprochen und Ermittlungsverfahren wegen Nötigung angekündigt, wie Lebenslaute berichten.

Direkt am nächsten Morgen kamen die Musiker*innen wieder und spielten wie zuvor angekündigt ein zweistündiges Aktionskonzert unter dem Motto »Mit Suite und Kantate gegen den Staat im Staate – Geheimdienste abschalten!«. Dabei erklangen sinfonische Werke, ein türkisches Klagelied, eigene Bearbeitungen des James-Bond-Themas und des Geier-Lieds aus dem »Dschungelbuch«. Zusätzlich gab es Gastbeiträge der »Pappnasen Rotschwarz« und eine Aktenschredder-Performance der Initiative »Keupstraße ist überall«. Unterstützt wurden die Aktionen außerdem von »Köln gegen Rechts«, dem NSU Tribunal und der DFG-VK.

»Das BfV ist ein Ort des Unrechts, gefährdet eine offene und vielfältige Gesellschaft und ist nicht reformierbar«, so Markus Bayer von Lebenslaute in einer Pressemitteilung. Es sei offensichtlich, dass der sogenannte Verfassungsschutz in kriminelle Aktivitäten verwickelt sei. Zuletzt sei dies bei den skandalösen Enthüllungen im Zusammenhang mit dem NSU zu Tage getreten. Der NSU-Prozess ließe viele Fragen offen, und das Urteil dürfe kein Schlussstrich sein.

Lebenslaute möchte nach eigenen Angaben einen Beitrag zur bestehenden Diskussion der Abschaffung des BfV und schlussendlich aller Geheimdienste leisten: »Eine freie, offene Gesellschaft braucht ein Klima der Zivilcourage. Dies wird durch mehrere Tausend verdeckt agierende Mitarbeiter*innen der Geheimdienste gestört.«

Die »Lebenslaute« bringen in ihren jährlichen Aktionen Musik dort zum Klingen, wo es nicht erwartet wird. Oft in Verbindung mit Zivilem Ungehorsam.
Weitere Infos: www.lebenslaute.net

WANDELWOCHE IN BERLIN UND BRANDENBURG

Arbeit ist das halbe Leben

Gemeinsam mit einem breiten Netzwerk an Unterstützer*innen versuchen wir in unserer Vereinsstruktur »das kooperativ e.V.« gelebte Alternativen zu Wachstumsdogma und Ressourcenausbeutung zu unterstützen. Die EINE Antwort auf die Frage »Wie bringen wir das gute Leben für alle überall auf den Weg?« haben wir dabei auf unserer Reise durch die Region Berlin-Brandenburg noch nicht gefunden. Auf multiple globale Krisen, so unser Ansatz, kann es, frei nach dem Motto »Think global, act local« jedoch nur lokale, dezentrale und solidarische Antworten geben – von unten, in Selbstbestimmung und auf Augenhöhe.

MARIA, DAS KOOPERATIV E.V.

▲ Die Radtouren der Wandelwoche führen die Teilnehmenden zu Orten des solidarischen Arbeitens und Lebens in der Region Berlin-Brandenburg.
Foto: das kooperativ e.V.

In unserer Gesellschaft verbringen wir einen Großteil unserer kostbaren Lebenszeit mit Arbeit – oder der Suche danach. Nicht allen kommt dabei das Privileg zu, sich auf den Arbeitsplatz und ein kollegiales Miteinander zu freuen, für die Arbeit fair entlohnt oder gesellschaftlich wertgeschätzt zu werden und Inhalt und Struktur des Arbeitsalltags selbstbestimmt mitgestalten zu können. Unsere Art zu wirtschaften bestimmt unser Denken, Handeln, die Weise Beziehungen einzugehen und die Welt zu betrachten. Wenn sie soviel Raum einnimmt, warum hinterfragen wir das Konzept »Arbeit« nicht und was sind die Alternativen?

Schwerpunkte der Wandelwoche 2018

Für uns ist eine andere Art zu wirtschaften ein wichtiger Anknüpfungspunkt für gesamt-gesellschaftliche Transformation. In der Ausgestaltung der geführten Touren und Diskussions- und Workshop-Veranstaltungen der Wandelwoche 2018 konzentrieren wir uns auf vier mit dem Arbeitsbegriff verbundene Themenschwerpunkte: Zugangsbarrieren aufzeigen und abbauen, Arbeit als selbstbestimmtes Tätigsein, Direkthandel und globale Solidaritätsgefüge zur Stärkung selbstermächtigenden Wirtschaftens und die Umgestaltung unseren Umgangs mit Sorgetätigkeiten.

Umgang mit Sorgetätigkeiten

Das Netzwerk Care Revolution Potsdam ist in diesem Jahr enge Kooperationspartnerin für den Themenschwerpunkt Sorgearbeit. »Care«, so das Netzwerk, »bezieht sich auf Care-Arbeit: Damit sind alle Tätigkeiten gemeint, bei denen es um die Sorge für bzw. das Sich-kümmern-um-andere geht. Dazu zählen alle erzieherischen, pflegerisch-medizinischen, lehrenden sowie alle Assistenzberufe, auch selbstgewählte Sexarbeit. Im oft unbezahlten privaten Bereich kommen Haus- und Versorgungsarbeiten sowie die Betreuung von Menschen hinzu. Auch Selbstsorge sowie die Pflege von Freundschaften fallen in diesen Bereich. Auch Sex. Von immer mehr Netzwerkenden wird zudem die Sorge um bzw. der Umgang mit Natur als Lebensgrundlage der Menschen dazu gezählt. Unserem Verständnis nach brauchen wir eine Wirtschaftsweise, die den eigentlichen Gegenstand der Oikonomia (als Lehre vom Haushalten), die Bedürfnisse der Menschen (und der Natur) nach Lebenserhalt und Lebensqualität – wieder – ins Zentrum stellt und in der die gescheiterten Parameter der Profitmaximierung und des ungebremsten Wirtschaftswachstums keine übergeordnete Bedeutung mehr haben«.

In der Wandelwoche ist das Netzwerk mit zwei Veranstaltungen vertreten. Auf einer Radtour besuchen wir die Demenz-Wohngemeinschaft »Leben wie ich bin«, das kollektiv geführte Begegnungscafé »Madia«, die inklusive Hofgemeinschaft im Entstehen »Leben wie ich bin«, eine staatliche Montessori-Schule und das »femarchiv Potsdam«, das als feministische Bibliothek und Veranstaltungsort einen Raum für kritische Auseinandersetzungen mit bestehenden gesellschaftlichen, vergeschlechtlichten Strukturen bietet.

Den Wandel inklusiver gestalten

In unserem Ansatz, durch den Kapitalismus sich permanent erneuernden und verzweigenden Ausbeutungsgefügen zu begegnen, bemühen wir uns, auch die eigenen Privilegien und Zugangsbarrieren zu Ideen und Projekten des Wandels aufzuzeigen und zu hinterfragen. Eine gesamtgesellschaftliche Transformation kann nur dann gelingen, wenn wir dem Kapitalismus und seine Spielarten aus intersektionaler, Diskriminierungsformen als divers und einander bedingend und verstärkend wahrnehmender Perspektive entgegentreten. Nur die Freiheit zur gleichberechtigten Teilhabe eröffnet die Möglichkeit für ein selbstbestimmtes Leben.

Die selbstkritische Frage, welche Zugangsbarrieren auch zu Projekten und Ideen des Wandels bestehen, stellen wir uns in Veranstaltungen wie der Tour »Das gute Leben für alle? Den Wandel inklusiver gestalten«. Besucht werden der Co-Working Raum »TUECHTIG«, der Verein »Kopf, Hand und Fuss«, der sich für die Akzeptanz des Andersseins und Barriereabbau durch Bildung einsetzt, das Netzwerk für betriebliche Integration und Sozialforschung »BIS e.V.«, »in Gesellschaft e.V.« und der sozial-ökologische Gemeinschaftsgarten Himmelbeet.

10 Tage Programm

Die über 30 geführten Touren, Workshops, Märkte und Diskussions-Veranstaltungen finden statt vom 6. bis 16. September. Schon im vierten Jahr können an unterschiedlichen Orten in Berlin und Brandenburg zu Fuß, mit dem Rad und den öffentlichen Verkehrsmitteln Orte und Ideen für ein solidarisches Arbeiten und Leben kennengelernt, hinterfragt und geteilt werden. Gegen Spende und offen für alle Interessierten.

Veranstaltungen in der Wandelwoche 2018 (Auswahl)

1. September 14 bis 21 Uhr,
Auftakt der Wandelwoche in den Prinzessinengärten Kreuzberg mit Workshops zu Solidarischer Ökonomie, Worker-Owned-Workplaces, Privilegienabbau uvm.

8. September 10 bis 15 Uhr,
»Orte alternativer Sorgestrukturen in Potsdam«

11. September 19 bis 21.30 Uhr,
»World Café: Arbeiten im Kollektiv? (Berlin)«

12. September 16 bis 19 Uhr,
»Das gute Leben für alle? Den Wandel inklusiver gestalten (Berlin)«

16. September 10 bis 21 Uhr,
Abschluss der Wandelwoche im Haus des Wandels in Heinersdorf Steinhöfel mit Workshops zu Arbeitsmethoden, Women-Empowerment und Langrabbing

Das vollständige Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung unter: www.bbb.wandelwoche.org

NETZWERK NEWS

NETZWERK der politische Förderfonds

Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

In eigener Sache: Solidarität heißt in einem fremden Problem sein eigenes zu erkennen.

Wir freuen uns, dass es uns auch in diesem ersten Halbjahr gelungen ist, als vergleichsweise kleiner Fördertopf mit begrenzten Mitteln, schon über 20 politische Projekte und Initiativen in Berlin und Brandenburg mit knapp 20.000 Euro zu unterstützen. Ob im Bereich der Stadtpolitik, im Antirassismus, Erinnerungsarbeit oder Geflüchteten-Hilfe: Projekte, Kampagnen und Initiativen mischen sich ein und verschaffen sich auch über die regionalen Grenzen hinweg – bis hinein in die nicht enden wollende Katastrophe im Mittelmeer – Gehör! Und gegen alle Entwicklungen nationalistischer und rechtsradikaler Tendenzen, formiert und organisiert sich auch der Widerstand lautstark. Die Gesellschaft politisiert sich aufs Neue und vor allem junge Menschen zeigen wieder vermehrt und auf beeindruckende Weise, dass Freiheit und Menschenwürde mehr als leere Worthülsen redseliger Politiker*innen sind. Es werden Flugzeuge und Häuser besetzt, Straßen mal mehr mal weniger tanzend (zurück-)erobert, mit Schiffen Leben gerettet, in Workshops und Veranstaltungen Wissen geteilt und abstruse Rechtskämpfe und öffentliche Anklangen gefochten. Und in all dem Wirrwarr konservativer, neoliberaler oder rechtspopulistischer Auswüchse, die inzwischen zur Karikatur ihrer selbst geworden sind, muss die Gratwanderung zwischen zielführend und irreführend stets aufs Neue erprobt werden, damit die verteidigten Werte nicht unbemerkt unterlaufen werden. Solidarisches Handeln für jemand anderen oder eine Sache ist stets auch Handeln für die eigene Sache; schlussendlich für sich selbst.

Mitglied sein, freut das Schwein - Netzwerk Selbsthilfe e.V. sucht neue Mitglieder

Netzwerk Selbsthilfe e.V. funktioniert nach dem Solidaritätsprinzip: Politisch interessierte oder aktive Einzelpersonen sowie Gruppen, Initiativen und Projekte werden Mitglied und sichern über einen regelmäßigen Mitgliedsbeitrag die monatlichen Förderungen politischer Arbeit in Berlin und Brandenburg. Vereinfacht gesagt: Alle Menschen, denen die Verwirklichung des politischen Anspruchs auf Selbstorganisation und ein für einander Einstehen am Herzen liegen, schmeißen Geld in einen Fördertopf, aus dem einmal pro Monat für politische Arbeit wieder Geld ausgezahlt wird. Damit dieses schöne wie einfache Prinzip nicht ins Wanken gerät, suchen wir Menschen die sich solidarisch zeigen und Netzwerk-Selbsthilfe-Mitglied werden möchten. Von den im Elfenbeinturm sitzenden Linksintellektuellen über finanzstarke Linkenpolitiker*innen, vielleicht auch noch die letzten linken Sozialdemokrat*innen, ehemalige oder neuerliche Haubestzer*innen, die gewerkschaftaktiven Arbeitnehmer- und Arbeiter*innen bis zu selbstorganisierten Aktivist*innen und antifaschistischen Feminist*innen sind bei uns alle willkommen – gerne auch Gruppen, WGs und Projekte –, die sich für eine lebenswertere Welt einsetzen wollen und sich solidarisch mit linkspolitischen Werten zeigen. Wir unterstützen den vielgestaltigen Widerstand gegen die Rückschrittlichkeit und das Elend und deswegen werdet ihr im besten Fall Netzwerk-Selbsthilfe-Mitglied.

Werde Mitglied unter: www.netzwerk-selbsthilfe.de/mitglieder

NORDSCHWARZWALD: GEMEINSCHAFT SONNENWALD SCHERNBACH

Gemeinschaft in Gründung – eine ganz besondere Erfahrung

Die Gemeinschaft Sonnenwald Schernbach wird zum 1. Januar 2019 eine ehemalige Behinderteneinrichtung und ca. 40 Hektar landwirtschaftliche Fläche oberhalb der Nagoldtalsperre, 80 km südöstlich von Stuttgart, kaufen. Ein Projektbericht.

GABRIELE GACK-THOMAS, SCHERNBACH

▲ **Blick auf das Gebäudeensemble, das die Gemeinschaft Sonnenwald Schernbach im gleichnamigen Ort im Nordschwarzwald Anfang Januar 2019 beziehen wird.** Foto: Annette Keimburg

»Wir verändern die Dinge nicht, indem wir gegen die bestehende Wirklichkeit kämpfen. Um etwas zu verändern, müssen wir ein neues Modell entwickeln, das das alte Modell überflüssig macht.« Wir von der Gemeinschaft Sonnenwald Schernbach sind also unter die Entwickler*innen gegangen, weil wir genau wie der oben zitierte Architekt Buckminster Fuller ticken. Einen Weltverbesserer und Wahnsinnigen nennen ihn die einen, Poet und Kosmologen die anderen.

Denn wir glauben, dass das Modell vom gemeinschaftlichen Leben, Arbeiten und Wirtschaften, Teilen, Tauschen und Schenken, das ›alte Paradigma‹ ablösen wird. Welches in Form des Patriarchats über Jahrtausende das Verhältnis zwischen den beiden Hälften der Menschheit und schließlich auch das Leben mit der Erde (als weibliches Prinzip) ad absurdum geführt hat und jetzt unsere Lebensgrundlagen zerstört.

Und wir wissen deshalb, dass wir gerade etwas Neues entwickeln, weil es uns an unsere Grenzen bringt. Im Gemeinschaftsprozess funktionieren manch' lieb gewonnene Denk- und Verhaltensmuster einfach nicht mehr. Das Neue sorgt für Verunsicherung und macht, je nach Temperament und/oder eigener Lebensgeschichte, mal aggressiv, hilflos oder sogar Angst. Wir sind wieder zu Anfänger*innen geworden, stellen uns ungeschickt an. Der einzige Kampf, den wir auf diesem Entwicklungsweg kämpfen ›wollen‹, ist der gegen den inneren Schweinehund: alte, leider meist unbewusste Gewohnheiten.

Vom Modell zur Wirklichkeit Wir über uns

Aus der im Jahr 2015 gegründeten »Planungsgemeinschaft Schernbach« ist inzwischen eine Genossenschaft in Gründung geworden, die unser Wunschobjekt zum 1. Januar 2019 kaufen wird. Hervorgegangen sind die heute 20 Aktiven aus einem großen Projekt im Stuttgarter Einzugsbereich, das dann an einen Spekulanten verkauft wurde und jetzt weiter verfällt. Auch ein Symptom des herrschenden Paradigmas und bald ein Relikt aus alter Zeit?

Zurück zur Wirklichkeit

Wir kommen überwiegend aus sozialen, therapeutischen und pädagogischen Berufen, vereinzelt sind auch Handwerker und Energiearbeiter*innen dabei und immerhin ein Poet! Das Dorf Schernbach mit aktuell ca. 50 Einwohner*innen, liegt im Nordschwarzwald auf einer sonnigen Ebene rund 650 Meter hoch. Unten im Tal fließt die Nagold, die dort zu einem See gestaut wurde, den wir in seinen vielen zauberhaften Stimmungen genießen.

Eine Landstraße durchtrennt das Dorf. Oberhalb davon befindet sich unser Objekt, »Oberer Hof« genannt, eine Behinderteneinrichtung, wo in den besten Zeiten über 100 Menschen mit Handicap betreut wurden. Es gibt dort mehrere Wohn- und ein großes Werkstattgebäude. Das so genannte »Zentrum« beherbergt die Großküche sowie eine licht gebaute Cafeteria und eine Turnhalle, die als Erweiterung zum Essbereich hin geöffnet werden kann. Es entsteht ein schöner, heller Raum auch für große Zusammenkünfte.

Unterhalb davon liegt der »Untere Hof« mit den landwirtschaftlichen Gebäuden und dem behindertengerechten Ferien-»Haus Sonnenwald«. Dazu gehören knapp 40 Hektar Acker-, Grünland und Wald. In unserem künftigen »Bio-Energie-Dorf« gibt es also mit ca. 3.000 qm Wohn- und 5.000 qm Nutzfläche Platz genug für weitere 30 bis 50 Erwachsene plus Kinder!

Wahnsinn oder Weltverbesserer?

Wir sind zumeist Städter und werden nicht nur hinter vorgehaltener Hand Spinner genannt. Jedoch viele aus dem Dorf, wo sich zehn von uns bereits eingemietet haben, unterstützen unser Vorhaben ebenso wie der Gemeinderat. Dieser hat unseren (Um-)Bauplänen zugestimmt und versorgt uns mit Informationen hinsichtlich Fördermöglichkeiten u.a. zu nachhaltiger Lebens- bzw. Bauweise, biologischer Landwirtschaft und zur Stärkung des ländlichen Raumes. Übrigens, den Begriff der Nachhaltigkeit hat der eingangs zitierte Fuller lange vor der Politik geprägt und auch so gemeint.

Die Genossenschaft ist die Rechtsform, die wir uns gegeben haben und damit nach Außen wirken. Unser eigentliches Herzstück aber ist das Plenum, die Dorfgemeinschaft selber. Hier werden alle Entscheidungen im sechs-stufigen Konsens getroffen. Denn von einer fairen, partizipatorischen und transparenten Entscheidungskultur hängt, so Diana Leafe Christian, unser Gelingen ab; als einem von sieben Merkmalen für erfolgreiche Gemeinschaften, die sich dadurch von den 90 Prozent(!) der Gründungen unterscheiden, die scheitern.

Spreche ich mit Nachbarn im Dorf oder anderswo über den Konsens, bewölkt sich die Stirn meines Gegenübers. »Ist das effektiv? Ihr habt doch jetzt 1.001 Entscheidungen zu treffen?« sind Fragen, die sofort kommen. Ich widerspreche nicht. Denn es kann dauern, bis eine Entscheidung zur Beschlussreife gelangt. Vergaß ich oben etwa die Ungeduld zu erwähnen, ein weiterer Schweinehund, der uns immer wieder auflauert?

Kosmologie und Bewusstsein. Aber integrativ, bitte

In welcher Welt wollen wir leben? »Nach dem bewussten Ja taucht früher oder später der entsprechende Schattenaspekt auf (...) etwas in uns sträubt sich dagegen, zweifelt oder hat es lieber wie immer – angenehm – oder kriegt einen Wutanfall über die Irrationalität solcher Träumereien«, schreibt Annette Kaiser in ihrem Büchlein »Ein Traum wird Wirklichkeit«. Allen Kindern gewidmet.

Was verlangt dieser ganze Kosmos neuer Möglichkeiten von uns? Uns bewusst zu werden über unsere »Hintergedanken«, unsere »geheimen« Bedürfnisse und Strategien (anerkannt, geliebt, zugehörig, selbstwirksam usw. usw. sein zu dürfen), kurz: »Schattenarbeit«. Und welche innere Haltung setzt die Konsensentscheidung voraus? Den Willen und Wunsch zu Kooperation und Einigung: Integration anstelle von Ausgrenzung in jeder (persönlichen, gesellschaftlichen, globalen) Hinsicht. Vertrauen und die Fähigkeit zuhören zu ›können‹ und auch verstehen zu ›wollen‹, andere(n) ›und‹ uns selber. Unterschiedliche Sichtweisen zuzulassen und zu respektieren bringt uns oft an unsere Grenzen. Denn die Zeit drängt, unsere persönlichen Ressourcen werden knapper, die Stimmung wird angespannter. Und schließlich und endlich geht es immer wieder um Verantwortung, für das was ich einbringe oder auch ›nicht‹, was ich tue oder auch ›nicht‹.

Wenn es stimmt, dass auf der Ebene, auf der die (Welt-)Probleme entstanden sind, keine Lösungen gefunden werden können – und da diese nun mal im (geld-)wirtschaftlichen und ökologischen Ungleichgewicht liegen, – dann kann der Ausweg nur ein kooperativ-integrierendes Miteinander der Menschen als einer Menschheit, das friedliche Miteinander mit allen (Lebe-)Wesen sein. Oder: Himmel auf Erden. Fangen wir an mit einem weiteren, wie die Gemeinschaft Tamera sich nennt, »Heilungsbiotop« für alt und jung!

Alle Infos unter
www.gemeinschaft-sonnenwald.de

BAUKOLLEKTIVE

Handwerker*innen wollen sich vernetzen

Bundesweit gibt es eine große Zahl von Baukollektiven oder baukollektivähnlichen Strukturen, die alle dieselben Probleme lösen müssen. Ein Netzwerk von Handwerker*innen mit Anspruch und Problemen strebt eine dauerhafte Vernetzungsstruktur zwischen Baukollektiven an und lädt im Oktober zu einem ersten Treffen ein.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

»Es existiert keine geeignete juristische Form für solidarische Ökonomien, deshalb müssen Baukollektive oft Schlupflöcher suchen oder sich in juristischen Grauzonen bewegen. Sie versuchen hierarchiefreies mit wirtschaftlichem Arbeiten zu kombinieren, gleichzeitig gibt es einen »Meisterzwang«. Auch müssen sie sich mit Lohndumping im Bausektor auseinandersetzen.

Bei einem Vernetzungstreffen vom 11. bis 14. Oktober in Eisenberg soll das gemeinsame Wissen zusammengeführt werden, um das Nischendasein aller zu erleichtern und Perspektiven zu eröffnen. Wie kann kollektivitisch gewirtschaftet werden in einem System, das genau das nicht vorsieht? Wie können Baukollektive Strukturen schaffen, in denen der Gedanke des solidarischen Miteinanders von der Auftraggeberin über die Planerin bis zur Umsetzenden aufrechterhalten wird? Entstehen soll außerdem ein langfristiges Vernetzungskonzept. Nebenbei sollen Spaß und Witz und Freizeit mit Inhalten nicht zu kurz kommen.

Bei der Eröffnung stellen sich alle Baukollektive vor. Die gemeinsamen Workshops drehen sich um Schweißen, Silikonieren, das Dampfdruck-Holzbiegeverfahren, Herstellung von Holznägeln ud Kerbschnitt. Ein Architekt*innenkollektiv berichtet über ihre Erfahrungen mit der Zusammenarbeit zwischen Planer*innen und Kollektiven, anschließend findet ein Austausch über die Notwendigkeit von Planungspersonen bei Zusammenarbeit von Baukollektiven mit Hausprojekten statt. Zudem beschäftigt sich ein Vortrag mit Organisationsformen und Gründungsprozessen, die ebenfalls im Anschluss diskutiert werden können. Zu Gast ist der Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker (BUH). Er referiert zum Thema »Meisterzwang«. Der Open Space bietet einen selbstorganisierten Raum für Diskussionen, Vernetzung und Organisation. Entstehen soll außerdem ein Branchenverzeichnis von Kollektiven, in dem ersichtlich wird, welche Gewerke die teilnehmenden Kollektive abdecken können. In der Abschlussrunde werten die Teilnehmenden das Treffen gemeinsam aus.

Angesprochen sind all jene, die etwas Besseres wollen und es auch versuchen, dabei aber »zwischen den alltäglichen Widersprüchen von Arbeit, -ismen, Schweinesystem und dem guten Leben und der Existenz stehen«. Neben Baukollektiven können sich auch Planer*innen und Lobbyist*innen für ein herrschaftsfreies Arbeiten anmelden. Das Treffen wird über Förderanträge und Beiträge der Teilnehmenden finanziert.

Anmeldung:
anmeldung_vernetzungstreffen@mail.de

ANZEIGE

EZLN LUD NACH CHIAPAS EIN

Das weltweite Treffen der Frauen, die kämpfen

▲ Beim Frauen*treffen der Zapatistas wurde ein Raum geschaffen, um über Unterdrückungserfahrungen, Ängste, Träume und geteilte Utopien zu sprechen. Foto: B.A.S.T.A Münster

Morelia, Chiapas, Mexiko. Sechs Uhr morgens, die Sonne geht hinter den Bergen im Südosten Mexikos auf. Es sind die Berge, aus denen die Zapatistas in ihren Kommuniques in »alle Ecken, Welten und Zeiten« grüßen. In diese Berge, ins Caracol Morelia, hatten die zapatistischen Frauen* für fünf Tage zum ersten internationalen politischen, künstlerischen, sportlichen und kulturellen Treffen der Frauen*, die gegen Patriarchat und Kapitalismus kämpfen, eingeladen.

KATHA, GRUPPE B.A.S.T.A. MÜNSTER

Eine der zapatistischen Frauenbands, die Mañanitas, betritt mit E-Bass, Akkordeon und Gitarre die Bühne. Die vier sind traditionell gekleidet in langem Rock, Bluse und Sturmhaube. Sie wecken die angereisten Feminist*innen mit revolutionären Liedern zur Feier des 8. März. Nach und nach krabbeln die Teilnehmer*innen aus über vierzig verschiedenen Ländern aus ihren Schlafsäcken und sehen sich auf dem Gelände um. Neben den Hallen und Bühnen, die die Zapatistas auch sonst für Versammlungen nutzen, haben die Organisator*innen einiges an Infrastruktur für das Treffen aufgebaut: Duschen, Toiletten, Essensstände und viele Schilder mit Hinweisen wie »Hier gibt es Empfang« oder »Bitte nicht die Zapatistas fotografieren, während sie essen oder Pozol [1] trinken«.

Wie viele Frauen*[2] gekommen waren, wissen auch die Veranstalterinnen nicht so genau: »Wir hatten gedacht, es kommen vielleicht 500 – aber da ist wohl eine Null auf dem Weg verloren gegangen. Einige sagen sogar, ihr seid nicht nur 5.000, sondern 8.000, manche schätzen 9.000. Einigen wir uns darauf, dass ihr ›un chingo‹ (etwa: verdammt viele) seid«, so die Worte in der Abschlussrede. Laut einem Mitglied der urbanen Unterstützungsgruppen, die sich unter anderem um die Registrierung der Teilnehmer*innen gekümmert hatten, waren etwa 5.000 vorher registriert – der Rest kam spontan im Caracol vorbei.

Drei Stunden nach dem Auftritt der Mañanitas geht es auf der zentralen Bühne vor dem Fußballplatz weiter: Capitana Insurgente Erika verliest die berührende Begrüßungsrede aller Zapatistinnen, abgestimmt in verschiedensten Versammlungen. Erika spricht über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den versammelten Frauen*. Sie selbst habe »dreifache Unterdrückung erlebt: als Arme, als Frau und als Indigene.« Doch das »verdammte kapitalistische System, das uns zerstören will, hat uns alle gleich gemacht«, ist ihr Resümee. Sie kritisiert auch die Wissenschaftler*innen, die den Zapatistas in Büchern erklärten, wie ihr Kampf auszusehen habe. »Wie recht sie doch hat«, raunt eine Teilnehmerin aus Mexiko-City ihrer Freundin zu. Erika bittet darum, es möge bei diesem Treffen nicht darum gehen, wer die Revolutionärste oder Schönste sei. Im Gegenteil: Die zapatistischen Frauen würden alle Frauen* der Welt, die kämpfen, einladen, sich gegenseitig mit Respekt zu begegnen und so Energie für ihre jeweiligen Kämpfe zu tanken.

Warum die Männer nicht eingeladen waren

Die Männer, die trotz expliziter Ausladung angereist sind, werden in einem separaten Camp vor den Toren des Caracols untergebracht. Einige sind gekommen, um die Betreuung eines gemeinsamen Kindes zu übernehmen, andere wohl aus purer Neugier. Die Männer organisieren sich und sprechen auch über ihre Männlichkeit und warum sie aus diesem Raum ausgeschlossen wurden. Die zapatistischen Männer sichern das Caracol von außen ab.

Der Ausschluss der Männer bringt eine einzigartige Dynamik hervor. Eine Mexikanerin fasste es so zusammen: »Ich mache mir keine Gedanken. Naja, zumindest weniger. Mir ist egaler, wie ich aussehe, wie ich mich bewege, wie ich tanze. Ich fühle mich sicherer. Ich schaue nicht so viel, dass ich mein Geld sicher verstaut habe.« Eine Mutter fügt hinzu: »Hier kann ich mein Kind eher laufen lassen – ich habe das Gefühl, dass die Community es auffängt.« Es wurde ein Raum geschaffen, in dem es möglich wurde, über Unterdrückungserfahrungen, Ängste, Träume und geteilte Utopien zu sprechen. Monate später ist überall immer noch die Rede vom ›Encuentro‹ und dem Gefühl, schon jetzt die Utopie zu leben, die das Treffen bei vielen hinterlassen hat.

Die Organisation des Treffens

Der erste Tag des ›Encuentro‹ ist den Gastgeberinnen vorbehalten. Nach der berührenden Eröffnungsrede von Capitana Insurgente Erika spricht jeweils eine Vertreterin aus jeder der fünf zapatistischen Zonen, es gab ein erstes Fußballturnier und nachmittags Theaterstücke. Eines der Bühnenstücke der Zapatistinnen einer Zone erzählt die Geschichte, wie die Organisation der zapatistischen Frauen begann. Auf der Bühne steht ein gedeckter Tisch, am Tisch sitzt der Familienvater. Es klopft an der Tür. Es ist der zukünftige Ehemann der ältesten Tochter. Ein paar Monate später: Die Frau wird geschlagen. Ein paar Jahre später: Ihr Mann beginnt, nachts für viele Stunden das Haus zu verlassen. Sie stellt ihn zur Rede, er erzählt ihr von der geheimen Organisation eines Aufstandes. Von da an beginnt sie, andere Frauen zu überzeugen, an der Organisierung teilzunehmen. Das Resultat war der »Aufstand vor dem Aufstand« 1993, als die ersten revolutionären Frauengesetze beschlossen wurden.

Am zweiten und dritten Tag des Treffens präsentieren die Teilnehmer*innen ihre Kämpfe in Form von Diskussionen, Workshops, Theaterstücken, Ausstellungen, Wandmalereien (murales), oder Tänzen. Es gibt etwa 30 verschiedene Orte, an denen gleichzeitig von morgens bis abends Veranstaltungen stattfinden. Von Gine-Punk (autonome Gynäkologie) über revolutionäres Yoga bis zu den Kämpfen der Mapuche-Frauen ist alles dabei. Die Zapatistinnen schicken eine Delegation zu jedem Veranstaltungsort – sie haben auch immer zuerst das Rederecht nach dem Ende der Beiträge.

Ein wichtiges Thema der Workshops sind die Feminizide. Durchschnittlich sieben Morde an Frauen gibt es jeden Tag in Mexiko. Fast keines dieser Verbrechen wird aufgeklärt oder überhaupt verfolgt. An dem Treffen nehmen viele Mütter teil, die T-Shirts mit Aufdrucken der Gesichter ihrer getöteten Töchter tragen. Eine von ihnen wird während eines Konzertes auf die Bühne gebeten, um die Geschichte ihrer ermordeten Tochter zu erzählen. Die Antwort der Teilnehmer*innen – »No estás sola« (»Du bist nicht allein«) – sollte nicht nur für sie eine der zentralen Botschaften des Treffens sein. Niemand ist allein, viele Frauen* in aller Welt organisieren sich und kämpfen – auch ohne die Unterstützung von Männern.

Urbaner vs. indigener Feminismus

Für viele Feminist*innen ist die starke Frauenorganisation der Zapatistas ein Vorbild. Alejandra (31) ist seit einigen Jahren in der Rincón Zapatista in Guadalajara aktiv. Sie nervt es, wenn urbane Gruppen sich genauso wie die Zapatistas organisieren wollen. Denn: »Jede Gruppe muss ihre eigenen Strategien finden, je nach den Gegebenheiten des Ortes«, so Alejandra. In den indigenen, dörflichen Gemeinschaften sei der Feminismus ein anderer als in der Stadt. Während in den katholisch geprägten indigenen Dörfern das Sprechen über Sexualität weitestgehend tabuisiert ist und sexuelle Befreiung auch nicht das wichtigste Anliegen der Organisation ist, bieten die angereisten Feminist*innen viele Vorträge und Workshops zum Thema Sexualität an. Vielleicht bezogen sich die Zapatistinnen auch auf einen dieser Workshops, als sie sich in ihrer Abschlussrede für die »seltsamen Dinge« bedankten, die die Teilnehmerinnen mitgebracht hätten… Die Zielgruppen waren also deutlich verteilt: So zog beispielsweise der Workshop verschiedener urbaner lesbischer Kollektive auch hauptsächlich ein urbanes lesbisches Publikum an. Gleichzeitig fand jedoch auch ein Workshop über lesbische Identität statt, der sich exklusiv an indigene Personen richtete. Mehrere trans*-Personen schätzen das Treffen als eher trans*-freundlich ein und hatten beim Einlass keine Probleme. Insgesamt gab es in den Workshops beeindruckend viel lesbische Sichtbarkeit, aber leider kaum trans* oder andere queere Sichtbarkeit.

Reflexionen über nichtrespektvolles Verhalten

Leider verhielten sich einige der Teilnehmer*innen nicht nur »seltsam«, sondern respektlos. Es gab Frauen*, die Alkohol oder Gras mit ins Caracol gebracht hatten. Frauen, die sich über den Mangel an Essen beschwerten, Frauen, die ihren Müll überall liegen ließen, und weiße Frauen, die (halb) nackt herumliefen. Eine Erklärung könnte sein, dass viele der Frauen, die spontan gekommen waren, nicht mit der Bewegung vertraut sind.

Die zapatistischen Organisatorinnen äußerten sich während der Abschlussrede und erneut beim ›Conversatorio‹ (dtsch. Plenum oder Gesprächsrunde) zu der Kritik der Teilnehmerinnen. Sie entschuldigten sich, dass sie sich nicht besser organisiert hätten und versprachen, es beim nächsten Mal besser zu machen. Bei einer Feministin aus Guadalajara löste das viel Scham aus: »Es ist unglaublich, dass dieses respektlose Verhalten passiert ist und die Zapatistinnen sich schlecht fühlen. Das ist ein typisches angelerntes weibliches Verhalten: sich verantwortlich machen. Aber wir, wir Teilnehmerinnen, hätten uns auch kümmern müssen. Um den Raum, den uns die Zapatistinnen geöffnet haben. Stattdessen haben die indigenen Frauen die ganze Care-Arbeit für die urbanen, teils weißen Frauen übernommen. Wie kann es sein, dass wir so viele waren und uns nicht organisiert haben?« Deswegen sei ihr wichtigstes Fazit: »Wir dürfen nicht vergessen, uns umeinander zu kümmern.«

Am Ende des Treffens gaben die Zapatistinnen allen eine Botschaft mit: »Wir hätten uns gewünscht, mit mehr Zapatistinnen hier gewesen zu sein, um jede von euch zu umarmen und ihr ins Ohr flüstern zu können: ›Gib nicht auf! Verkauf dich nicht! Kämpfe weiter!‹« Sie baten die Teilnehmerinnen, mit ihnen einen Pakt zu schließen, der vor dem Hintergrund der täglichen Feminizide brutal real ist: »Wir werden leben.« Und leben heißt für die Zapatistas weiterzukämpfen. Jede nach ihren Möglichkeiten in »ihren Welten, Zeiten und an ihren Orten«.

(1) Pozol ist ein traditionelles fermentiertes Maisgetränk.

(2) Hier steht ein Sternchen, um deutlich zu machen, dass nicht nur Cis-Frauen zum Treffen eingeladen waren. Als Cis-Mann bzw. Cis-Frau werden diejenigen bezeichnet, deren Geschlechtsidentität dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht entspricht. Die Zapatistas bestehen nicht darauf, dass es etwas jenseits der binären Geschlechternorm gibt, einige der anwesenden Frauen* schon.

ANZEIGE

BÜRGERWERKE EG IN HEIDELBERG

Genossenschaften stärken die E-Mobilität

Ein auf Usedom erprobtes Ladekonzept, entwickelt von der Energiegenossenschaft Inselwerke eG soll nun in ganz Deutschland Anwendung finden. Die Idee: ein bundesweites, dezentrales »BürgerLadenetz«, in dem ElektroautofahrerInnen erneuerbare Energie zu fairen Konditionen bei der lokalen Energiegenossenschaft laden können. Dafür haben die Inselwerke mit der Bürgerwerke eG, eine Sekundärgenossenschaft von über 80 lokalen Energiegenossenschaften, den passenden Partner gefunden.

RENÉ TETTENBORN, STADT USEDOM

▲ Standorteinweihung am Ferienpark Ueckermünde-Bellin während des eCoros 2017. Foto: Bürgerwerke eG

Der Ursprung eines bürgergetragenen Ladenetzes entstand bei der Inselwerke eG – einer Bürgerenergiegenossenschaft auf der Insel Usedom – mit dem Konzept der Zauntankstelle im Jahr 2014. Bürger sollten an ihren Zäunen kleine Ladebuchsen zur Verfügung stellen, damit auch andere E-Mobilisten im ländlichen Raum laden konnten. »Wir wollten die E-Mobilität endlich voranbringen. Alle haben nur gewartet, doch wir wollten damit den ersten Schritt gehen. Eine einfache Lösung entwickeln, um den E-Mobilisten die Möglichkeit zum Laden zu geben«, so einer der Initiatoren Frank Haney.

Pionierphase Insel Usedom

Gemeinsam mit Rechtsanwälten wurden Verträge ausgearbeitet, die den Bedürfnissen der Genossenschaft gerecht werden. Mit lokalen Standortpartnern wie Kommunen oder touristischen Betrieben wurde dann ein inselweites Ladenetzwerk mit rund 20 Ladepunkten aufgebaut. Die Bürgerinnen und Bürger der Inselwerke übernehmen dabei die Abrechnung und den Service komplett selbstständig. Die Ladeinfrastruktur wird meist an Orten aufgebaut, die über Angebote verfügt, um die sogenannte Ladeweile zu überbrücken, also die Zeit, die während des Ladevorganges vergeht. Die aktuellen Marktführer wie der Renault Zoe können rund 140 Kilometer in einer Stunde nachladen, andere Fahrzeuge meistens etwa 50 km.

Ergänzend entwickelten die Inselwerke mit lokalen Partnern ein Solarcarport, von denen 2017 zwei in Betrieb gingen. An entsprechenden Standorten werden teilweise 50 Prozent des erzeugten Ökostroms direkt für den Ladevorgang genutzt. Die Nutzung von Erneuerbaren Energien ist ein wesentlicher Faktor für eine nachhaltige Elektromobilität. Das Usedomer Ladenetz wurde 2017 durch das Bündnis Bürgerenergie zum Bürgerenergieprojekt des Jahres gekürt.

Bundesweite Kooperationsstruktur

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur nimmt auch im restlichen Deutschland Fahrt auf. Doch gibt es noch sehr viel Entwicklungsbedarf. Die rund 5.400 Standorte mit rund 10.000 Ladepunkten klingen zwar viel, sind aber schlecht verteilt. Gemessen an den Zielen der Bundesregierung steht der Ausbau erst am Anfang. Das nächste Ziel der Inselwerke ist deshalb der Aufbau eines bundesweiten, dezentralen BürgerLadenetzes zusammen mit der Bürgerwerke eG. Sie arbeitet als Energieversorgungsunternehmen für die beteiligten Energiegenossenschaften und ist als Ökostromversorger und Energiewende-Netzwerk in ganz Deutschland aktiv. »Ladeinfrastruktur stellt ein komplexes Thema dar und wir wollten unsere Expertise und die entwickelten Geschäftsprozessen an andere Genossenschaften weitergeben«, so die Vorständin der Inselwerke Madlen Haney.

Die Inselwerke unterstützen andere Genossenschaften mit ihrem Wissen bei der Planung und Umsetzung der Ladeinfrastruktur. Die Bürgerwerke verbinden die einzelnen Säulen zum gemeinsamen BürgerLadenetz und helfen beim Marketing. Ein gemeinsamer Einkauf der Technik spart Kosten. Zusätzlich werden Schulungen angeboten, die wesentliche Fakten zur Technik und des Betriebes an die lokalen Genossenschaften vermitteln. »Wir sind überzeugt, dass der emissionsarmen Elektromobilität die Zukunft gehört. Deshalb wollen wir gemeinsam mit unseren Mitgliedsgenossenschaften die Mobilitätswende mitgestalten«, erläutert Felix Schäfer, Vorstand der Bürgerwerke eG.

Fernwartung durch Inselwerke

Die Inselwerke eG übernehmen ergänzend die zentrale Abrechnung und den Service. Technische Probleme und die Anforderungen an einem professionell geführten Betrieb werden so zentral durch eine Genossenschaft bearbeitet. Das erspart den teilweise ehrenamtlich arbeitenden Vorständen der beteiligten Energiegenossenschaften viel Zeit. Zudem muss bei technischen Problemen der Ladesäulen nicht jede einzelne Genossenschaft über die notwendige Expertise oder die technischen Möglichkeiten einer Fernwartung verfügen. Bei Anrufen von E-Mobilisten lassen sich viele Fragen klären. Und falls es ein Problem gibt, können die Inselwerke auf alle Säulen zugreifen, bspw. einen Neustart initiieren.

Bei mechanischen Problemen wird die örtliche Genossenschaft kontaktiert, die dann bei der Behebung des Problems unterstützt. So bleiben Service und die Abrechnung in Bürgerhänden. Eine eigene örtliche Ladeinfrastruktur erzeugt Sichtbarkeit für die lokale Genossenschaft. Sie kann zudem besser auf die Bedürfnisse in der Bevölkerung vor Ort reagieren.

Gängige Ladekarten

Laden können die E-Mobilisten mit den gängigen Ladekarten und Apps. Auch ist es möglich, dass Standortpartner eigene Ladekarten erhalten. Beispielsweise kann ein Cafébesitzer eine Ladekarte herausgeben. Der Nutzer spart sich dabei die Ladestartgebühr. Genossenschaftseigene Ladekarten können den Mitgliedern oder E-Carsharinganbietern übergeben werden. Damit kann die Genossenschaft an ihre Mitglieder besondere Vergünstigungen weitergeben, was die E-Mobilität in den Regionen zusätzlich befördern soll. Auch das Laden mit EC-Karten soll in diesem Jahr noch möglich werden. Derzeit konzentriert sich das BürgerLadenetz-Team auf den Aufbau von Normalladesäulen bis 22 KW und betreibt rund 50 Ladepunkte. Weitere Säulen werden aktuell gebaut.

Informationen: ladenetz@buergerwerke.de oder www.buergerwerke.de.

EMA E-MOBILITÄT FÜR ALLE EG, STUTTGART

Vision einer genossenschaftlichen Energiewende 2.0

Die Energiewende 1.0 wurde von Energiegenossenschaften vorangetrieben. Die Energiewende 2.0. integriert die E-Mobilität. 22 Mio. Mitglieder in Genossenschaften verfügen über die Marktmacht, um erstens Klimaschutz umzusetzen, zweitens Menschen richtig zu informieren und drittens die massive Umverteilung von Bürgergeld an Großkonzerne zu stoppen. Die E-Mobilität könnte zum Schlüssel einer Energiewende 2.0 werden.

ULRICH ZIMMERMANN, STUTTGART

E-Mobilität kann der Treiber der Energiewende 2.0 werden. Energiegenossenschaften, Banken, regionale Unternehmen und die Genossenschaft »EMA E-Mobilität für alle eG« können gemeinsam völlig neue Synergien schaffen. Die E-Mobilität wäre dabei ökologisch, ökonomisch und sozial der zentrale Erfolgsfaktor. Die einen haben den Strom, die anderen die Kunden, die dritten das Konzept.

- **Ökologisch**: 28 Mio. Pendler mit 50 km/Tag, verbrennen 20 Mio. Liter Treibstoff und setzen dabei 140 Mio. Tonnen CO_2. frei. Jeden Tag! Das geht auch anders.
- **Ökonomisch**: Regionale Wertschöpfung schafft völlig Ertragsmodelle für Energieerzeuger, Banken, Stadtwerke, Unternehmen.
- **Sozial**: 100 Milliarden Euro fließen jährlich für den Zukauf von Energie (Öl, Uran, Kohle, Strom, Gas) ins Ausland, Bürgergeld an Großkonzerne. Diese gigantische Umverteilung kann gestoppt werden.

Wertschöpfung vor Ort

Am konkreten Beispiel einer eG, einer eingetragenen Energiegenossenschaft: 500 Mitglieder, 3,7 MWh Stromerzeugung pro Jahr, Jahresüberschuss der eG 50.000 Euro. Fahrleistung der Mitglieder 7.5 Mio. km, gemeinsamer CO_2-Ausstoß 1.5 Mio. Tonnen pro Jahr, private Ausgaben für Treibstoff 700.000 Euro, z.B. Verbrauch 7,5 l auf 100 km bei 1,30 Euro der Liter. Erschreckende Erkenntnis: Mehr als das 12-fache des Jahresüberschusses aus regenerativer Energie werden für Verbrenner-Treibstoff an Mineralölkonzerne ausgegeben.

Die Alternative wäre: Diese 500 Mitinhaber der Energiegenossenschaft fahren alle E-Auto. Nur für den Eigenverbrauch könnte man 1.125 MWh statt 3,7 MWh Strom selbst produzieren, verteilen, CO_2-neutral verbrauchen und selbst daran verdienen bei einem Verbrauch von 15 KWh auf 100 km. An diesen Zahlen werden die gigantischen Hebelwirkungen deutlich. Und das nur mit den eigenen 500 Mitgliedern.

Angenommen diese Energie-eG würde

- auf Unternehmensdächern PV-Anlagen betreiben und die Unternehmen UND die E-Autos der Mitarbeiter mit Strom versorgen;
- auf den Mehrfamilienhäusern PV-Anlagen betreiben und die Mieter und deren E-Autos mit Strom versorgen;
- auf den Einfamilienhäusern PV-Anlagen betreiben und der Bewohner und deren E-Autos mit Strom versorgen;
- die E-Autos und stationäre Speicher in den Unternehmen und den privaten Häusern als Pufferspeicher betreiben;

dann könnte alleine diese Energiegenossenschaft ihre Region mit regionalem Strom versorgen und über 100 Mio. Euro Wertschöpfung bei den Bürgern belassen.

Mit einfachen Varianten starten

Die üblichen Einwände gegen E-Autos sind Reichweite, Ladestruktur und Preis. Die Genossenschaft »EMA E-Mobilität für alle eG« will nur angehen, was unproblematisch funktionieren kann. Deshalb fokussiert sie sich vorerst ausschließlich auf Zweitwagen, die nur zur Arbeit und zurück pendeln. Das löst gleich zwei Engpässe, die Reichweite zwischen Arbeit und Wohnen und das Problem der Ladestruktur. In Einfamilienhäusern wird über Nacht geladen. Die anderen laden tagsüber im Unternehmen. Das gilt auf dem Land. In der Stadt verhält es sich völlig anders, beim Erstauto auch. Deshalb macht es Sinn, auf dem Land zu starten und die Erstautos einfach so zu belassen, wie sie sind. Erstautos, die überwiegend pendeln, könnten als Plug-in-Hybrid gefahren werden.

Es bleibt die dritte Hürde von E-Autos: der Preis. Das EMA-Konzept »Wege zum E-Auto« löst diese Hürde durch die geschickte Kombination verschiedener Faktoren:

- Beruflicher Status (Angestellt, Selbständig, beamtet, verrentet)
- Wohnen (Ein- oder Mehrfamilienhaus)
- Energie (PV-Anlage möglich oder schon vorhanden, Laden daheim, in der Firma oder öffentlich) und
- E-Auto (neu, gebraucht, geteilt, Firmenwagen).

Diese Faktoren bestimmen den besten Weg. Höchst individuell mit vielen Facetten. Die EMA hat diese Wege durchdacht, ausgewertet, multiplizierbar gemacht. Sie hat Wege gefunden, auf die Verbraucher in der Regel nicht kommen und passende Gutachten, Musterverträge etc. erstellt. Durch die Mitgliedschaft in der EMA erhalten Energiegenossenschaften Zugriff auf das EMA-Konzept für ihre Mitglieder und Kunden. Die EMA zeigt Banken, Unternehmen und deren Mitarbeitern, wie sie deutlich günstiger E-Auto statt Verbrenner fahren. Sie begleitet die Umsetzung, macht Vorträge, Workshops, Infoveranstaltungen. Auch schult sie Berater, wie sich »Wege zum E-Auto« umsetzen lassen.

Regeneratives Mehrgewinnersystem

Engagierte Bürger schaffen gemeinsam dieses Mehrgewinnersystem: Energiewende 2.0. Die Energie wird regional erzeugt, verteilt und verbraucht. Die Umwelt wird entlastet, das Klima geschont und der CO_2-Ausstoß deutlich reduziert. Die Wertschöpfung bleibt in der Region. Es wird leiser und sauberer. Regionen werden autarker. Gespartes Geld für Verbrenner und Treibstoff kann für bessere Lebensziele investiert werden. Der Generalschlüssel dazu ist das bezahlbare E-Auto. Die historische Chance für die genossenschaftliche Gruppe besteht darin, zum Treiber der Energiewende 2.0 zu werden.

Info:
https://ulrichzimmermann.info/2018/08/15-mehrertrag-durch-emobilitaet-als-neues-nutzen-und-ertragsfeld-fuer-genobanken-realistisch/

PHILOSOPHIE UND BEWEGUNG

In der Tiefe der Zeit

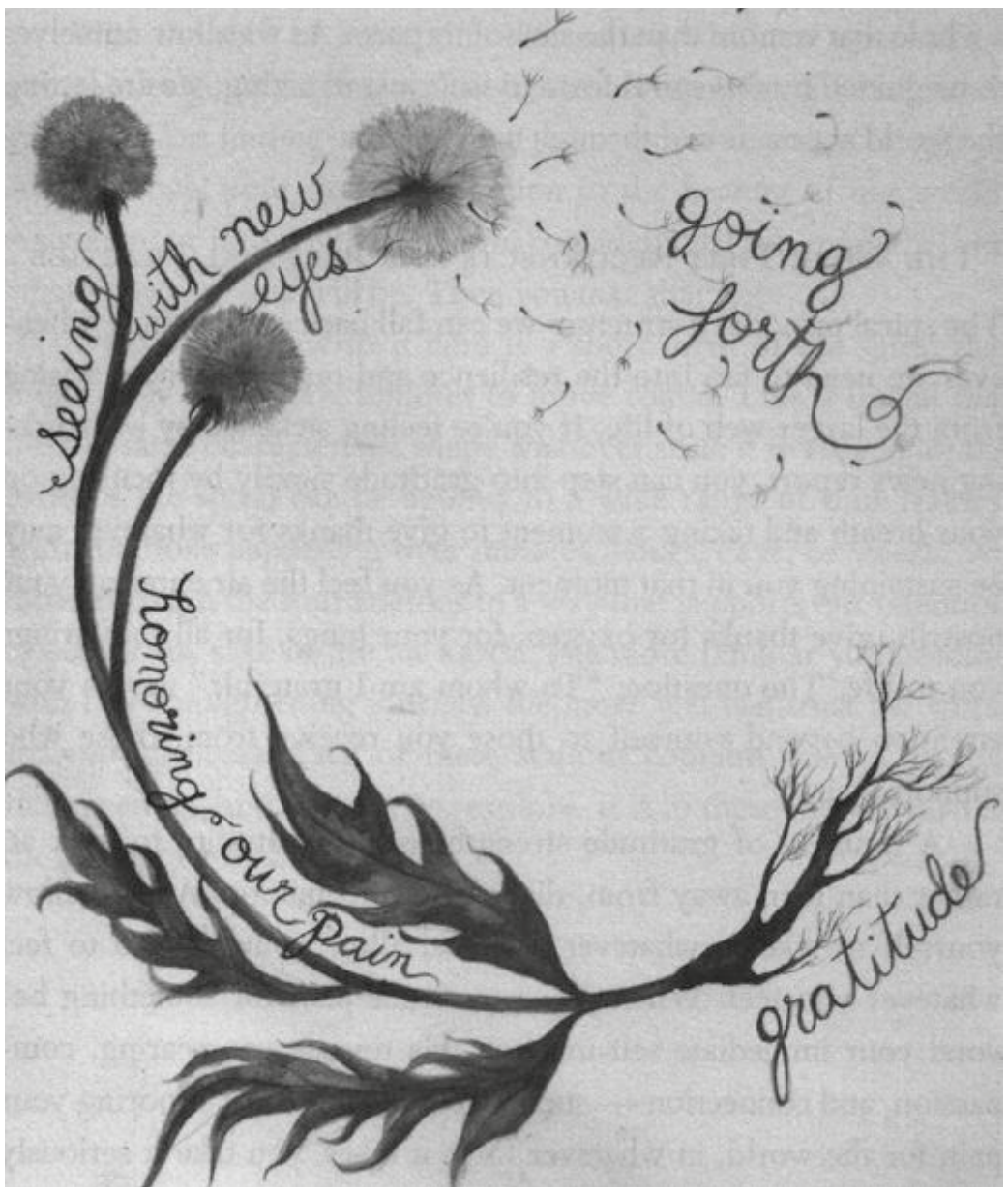
Tiefenökologie fragt danach, wie wir mit der Ungewissheit leben können, ob es gelingen wird, unseren Nachfahren einen lebenswerten Planeten zu vererben. Wie finden wir Kraft und Mut, um für das Leben – ohne Warum – zu handeln und zu kämpfen? Was bedeutet es und welche Auswirkungen hat es, mit dem Leben der Erde in wechselseitiger Bedingtheit verbunden zu sein?

GUNTER HAMBURGER,
HOLON-INSTITUT/NEUHAUSEN OB ECK

Bei der Auseinandersetzung mit solchen Fragen entstand in den 1970er Jahren die Tiefenökologie – Philosophie und Bewegung zugleich. Der norwegische Philosoph Arne Naess, Bergsteiger und Schüler von Gandhi, prägte den Begriff. Die moderne Tiefenökologie schafft »Inseln des Bewusstsein«, indem sie von der schöpferischen Mitverantwortung des Menschen für die Welt spricht und grundlegende Voraussetzungen unseres turbokapitalistischen Wirtschaftssystems hinterfragt. Sie bezweifelt die Annahme, die dem Gedankengut der jüdisch-christlichen Tradition und auch dem Marxismus zugrundeliegt, der Mensch sei das Maß aller Dinge. Diese neue Perspektive, oft als biozentrisch bezeichnet, macht es möglich, unsere Arroganz als Spezies zu überwinden, da sie sich auf alle Lebensformen in unserer Mitwelt bezieht, nicht nur auf Menschen.

> *» Tiefe Ökologie oder Biozentrismus ist ein Naturgesetz, das unabhängig davon existiert, ob Menschen es beachten oder nicht…Dass die moderne Gesellschaft das zu verleugnen versucht, um so alles dem menschlichen Nutzen unterzuordnen, hat zum Kollaps der lebenserhaltenden Systeme der Erde geführt…Biozentrismus ist altes Wissen der Ureinwohner…im Kontext der heutigen Industriegesellschaft ist Biozentrismus zutiefst revolutionär und trifft das System mitten ins Herz. «*
>
> **(Judi Bari, Umweltaktivistin in den USA. 1997 starb sie an Krebs, sieben Jahre zuvor hatte sie in Oakland, Kalifornien einen Bombenanschlag auf ihr Auto überlebt. Nach dem Attentat verurteilte sie ein amerikanisches Gericht als Ökoterroristin - angeblich hatte sie eine Bombe im Auto transportiert)**

Unsere wechselseitige Verbundenheit mit allem Leben ist kaum zu erfahren, wenn der Mensch in unserer Kultur und in unserem Bewusstsein im Mittelpunkt steht. Der Tiefenökologe John Seed, australischer Regenwaldaktivist, beschreibt es folgendermaßen: »Anthropozentrismus ist so viel wie menschenbezogener Chauvinismus. Er ähnelt dem Sexismus, wenn man das Wort ›Mann‹ durch ›menschliche Rasse‹ und ›Frau‹ durch ›alle anderen Arten« ersetzt‹.«



▲ **Die tiefenökologische Arbeit als Spirale mit vier Stufen: Dankbarkeit, Würdigung unseres Schmerzes, mit neuen Augen sehen sowie Weitergehen und Handeln.** Foto: Dori Midnight

Das vorrangige Ziel der Tiefenökologie ist es, dass wir Menschen eine natürliche Beziehung zu unserem Heimatplaneten wieder entdecken, die uns ermutigt, an dem notwendigen Großen Wandel teilzuhaben. Gleichzeitig ist es eine Einladung, unser Leben unabhängig von Konzernregeln wieder in die eigenen Hände zu nehmen und die Erkenntnisse der Selbstorganisationskräfte des Universums sich zu eigen zu machen.

Die einzelnen Schritte, die sich daraus ergeben, sind unter anderem: Wissen, Erkenntnisse und Praktiken aus der Systemwissenschaft, der Tiefenökologie und von spirituellen Traditionen miteinander verbinden und Perspektiven eröffnen, die unsere wechselseitige Bedingtheit mit allem Leben erfahrbar machen; unseren Schmerz um die Welt als Beleg für unsere Zusammengehörigkeit mit allem Leben erkennen und

> *» Ihr seid lebendig in uns, Lebewesen der Zukunft. Ihr seid lebendig in den Spiralen unserer Zellen. Oh ihr, die ihr nach uns kommt, erinnert uns daran, dass wir eure Ahnen sind. Erfüllt uns mit Freude für die Arbeit, die getan werden muss. «*
>
> **(Joanna Macy)**

infolgedessen unser Initiativrecht für Maßnahmen im Auftrag allen Lebens ergreifen; unsere Achtsamkeit auf beides – den Großen Wandel und den fragmentierten Zerfall – konzentrieren; unsere Absicht, zum Wohle aller Wesen zu handeln, bekräftigen.

Der Große Wandel ist eine Herausforderung für die es gilt, in der Gemeinschaft seelisch, geistig und emotional gestärkt zu werden.

Die folgenden Grundannahmen fassen die Prinzipien der tiefenökologischen Arbeit zusammen:

- Unsere Welt ist ein lebendiger Organismus. Sie ist weder ein Selbstbedienungsladen noch unsere Müllhalde – sie ist unser erweiterter Körper.
- Unsere wahre Natur ist sehr viel älter und umfassender als unser durch Gewohnheiten und gesellschaftliche Normen definiertes isoliertes Ego. Wie Flüsse und Bäume sind wir Bestandteil unserer lebendigen Erde – alle miteinander verwoben in komplexen Strömen von Materie/Energie und Information.
- Den Schmerz um die Welt zu erfahren, rührt von unserer Vernetzung mit allen Lebewesen her. Daraus erwächst auch unsere Kraft in ihrem Auftrag zu handeln.
- Würdigen wir unseren Schmerz um die Welt, dann erfahren wir ihn und können Blockaden auflösen.
- Sich mit dem Leben wiederverbinden bedeutet, unseren Schmerz zu bejahen. Dadurch kann unser Geist seine natürliche Klarheit zurückgewinnen.
- Die Erfahrung der wechselseitigen Verbundenheit mit der Gemeinschaft allen Lebens erweckt das Bedürfnis, im Namen unseres größeren Selbst zu handeln. Unsere ersten Schritte mögen bescheiden sein. Doch sind sie mit einer gewissen Herausforderung verbunden, die uns unsere geistige und emotionale Trägheit überwinden lässt.
- In all den Jahren unseres Engagements, insbesondere durch das holon-training, beschreiben wir die tiefenökologische Arbeit (englisch »The Work That Reconnects«) als eine Spirale, die eine Reise durch vier aufeinander folgende Entwicklungsphasen beinhaltet: Die Spirale beginnt mit Dankbarkeit, sie verbindet uns mit dem Ursprung allen Daseins, stimuliert unsere Empathie und unsere Zuversicht. Sie hilft uns präsent und standhaft zu bleiben und unser Dasein nicht von äußeren Gegebenheiten abhängig zu machen. Indem sie unser Immunsystem gegen den Konsumwahn stärkt, ist sie politisch subversiv.

Gleichzeitig erden wir uns, um den Schmerz für die Welt, zu würdigen. Wir erfahren diesen als eine normale und gesunde Reaktion auf den Zustand unserer Welt, der unserer Fürsorge und Verbundenheit entstammt. Es ist Mit-Fühlen oder Mit-Leiden – Empfindungen von Herz und Verstand über alle Grenzen hinweg. Ursprünglich verhaftet und isoliert in persönlichem Kummer, können wir uns mit dieser Erfahrung nach außen wenden und so eine umfassende Wahrnehmung unseres kollektiven Seins erlangen.

> *» Zum ersten Mal in unserer Geschichte können wir unseren gesamten Planeten sehen und ihn als Lebewesen wahrnehmen - und wir können verstehen, dass wir nicht die privilegierten Herrscher der Erde sind … nur ein Teil ihres Körpers, der durchaus entbehrlich ist. «*
>
> **(Elisabeth Sahtouris)**

Mit neuen Augen sehen heißt, sich für eine erweiterte Sichtweise dessen zu öffnen, was Leben bedeutet. Treten wir in diese Phase der Spirale ein, befinden wir uns an einem Wendepunkt unserer Arbeit, weil wir unser Verbunden-Sein mit allem Leben erkennen können. Wir schmecken die Kraft der Veränderung in uns, wir spüren das Gewebe unserer lebendigen Beziehungen zu den Generationen, die uns vorausgegangen sind, und zu jenen, die nach uns kommen, wir fühlen unsere geschwisterlichen Beziehungen zu anderen Lebensformen.

Eine Beispielübung der Tiefenökologie

»Du liegst entspannt auf der Erde und machst eine Reise in die Zukunft, ungefähr 200 Jahre, zur siebten Generation nach dir. Mit Hilfe deiner Imagination kannst du dir das vorstellen, ebenso, dass dann noch Menschen leben, Menschen wie du und ich, auch wenn du nicht weißt, wie und wo sie leben. Mit dem Ton »Aahhh« beginnt deine Reise in die Zukunft. Nach einer Weile verklingt das Tönen im Raum und du siehst ein Kind aus dieser Zeit auf dich zukommen. Das Kind setzt sich vor dich hin und stellt dir Fragen: Vorfahrin, sage mir, wie ist es für dich am Anfang des 21. Jahrhunderts zu leben? Von unseren Lehrerinnen und aus Geschichten und Legenden hören wir, dass es damals furchterregende Zustände gegeben haben muss, ökonomische Krisen, Hunger, Ströme von geflüchteten Menschen, Kriege, ja sogar atomare Konflikte, explodierende Atomkraftwerke, riesige Feuersbrünste und viele Klimakatastrophen. Zahllose Arten, die wir nie kennengelernt haben, sollen damals ausgestorben sein und sie sagen - du hast von all dem gewusst. Sage mir, stimmt das wirklich alles und wie ist es für dich, mit diesem Wissen zu leben? In deinem Geist hörst du dich antworten…Und das Kind fragt weiter: Vorfahre, wenn wir heute noch Wasser zum Trinken und Pflanzen zum Essen haben, dann ist das auch dein Verdienst. Erzähle mir, was sind deine ersten Schritte gewesen, die du unternommen hast und hast du dabei an uns gedacht? Und zum Schluss fragt das Kind: Was hat dich ermutigt, nicht aufzugeben, was hat dir über so lange Zeit Kraft gegeben und wo hast du deine Zuversicht und Ausdauer hergenommen? Und wieder hörst du dich antworten.«

Übungen wie diese sind Bestandteil des Holon-Trainings. Der erste Seminarblock des nächsten Holon-Trainings findet vom 2. bis 9. Oktober 2018 im Holon-Institut in Neuhausen ob Eck statt.

In der Entwicklung der Spirale gelangen wir zu dem Punkt, den wir als »Weitergehen und Handeln« beschreiben. Es ist jene Phase, in der wir alle, ausgehend von der aktuellen Situation, in der wir uns befinden, zum Handeln aufgerufen sind. Wir erkunden die Kraft der Synergie, die uns als offene, sich selbst organisierende Systeme zugänglich ist, und unser Engagement stärkt. Wir benötigen weder eine Blaupause noch ein garantiert fehlerfreies Konzept, denn jeder Schritt, den wir tun, schafft neue Perspektiven und Möglichkeiten.

Der Charakter der Spirale zeichnet sich durch ein fraktales Muster aus. Selbst innerhalb einer der vier Entwicklungsstadien der Spirale kann sich die gesamte Abfolge als ein selbstähnliches Gebilde wiederholen. Das Vergrößerungsglas durch welches wir die Spirale betrachten, kann Muster persönlichen Wachstums in unserem Verstehen und in unseren Fähigkeiten enthüllen. So kann die Spirale als Prinzip zur Grundlage des gesamten Lebens oder für ein bestimmtes Projekt werden.

Weitere Infos:
https://www.holoninstitut.de/
https://tiefenoekologie.de/
https://workthatreconnects.org/

Literatur:
Joanna Macy, Molly Brown: » Für das Leben! Ohne Warum «, Junfermann-Verlag 2017.

ANZEIGE

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT ALS DEMOKRATISIERUNGSPROZESS

Wer bestimmt, was wir essen?

Ernährungssouveränität ist das Recht von Menschen, über die Art und Weise der Produktion, der Verteilung und der Konsumtion von Lebensmitteln selbst zu bestimmen. Es geht um die Eröffnung eines umfassenden demokratischen Prozesses in Bezug auf diese entscheidenden Zukunftsfragen.

FRANZISKUS FORSTER UND JULIANNA FEHLINGER,
AGRAR ATTAC UND ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Jede*r tut's täglich: Essen. Wie und was auf unserem Teller landet, wird jedoch als moralische Entscheidung, persönlicher Lifestyle oder Mittel zur körperlichen Optimierung gesehen. Die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse dahinter schaffen es nur selten in den öffentlichen Diskurs. Wenn doch, dann wird Hunger zur Versorgungskrise erklärt. Die Zerstörung von Klima, Saatgutvielfalt und fruchtbaren Böden mit noch mehr Technik bekämpft. Dass Essen als Ware produziert wird, um Profite für wenige herzustellen, wird in den seltensten Fällen als Problem definiert.

Die bloße »Mitbestimmung über das Supermarktregal« reicht schon lange nicht mehr aus, um die Probleme des globalen Agrar- und Lebensmittelsystems in den Griff zu bekommen. Ein Sechstel der Menschen weltweit werden ausgeschlossen, da sie sich ihr Essen schlicht nicht leisten können. Dass Esser*innen und Produzent*innen darüber mitentscheiden, wie ihr Essen produziert wird, gerät mit den aktuellen Entwicklungen in immer weitere Ferne. Auch jene, die das Essen herstellen, Kleinbäuerinnen und -bauern, Tagelöhner*innen und viele mehr, haben in dem Prozess nichts mitzureden – doch geht es gerade um ihre, um unsere Zukunft. Deshalb fordert die Bewegung für Ernährungssouveränität eine umfassende politische und ökonomische Demokratisierung ein.

Ernährungssouveränität heißt Selbstbestimmung

Das Konzept Ernährungssouveränität ist nicht einfach mit »Ernährungssicherheit« gleichzusetzen, da hier jene Fragen ausgeblendet bleiben, die Ernährungssouveränität gerade ins Zentrum rückt: Im Verlauf der Geschichte der Landwirtschaft wurden unter »Ernährungssicherheit« jene Politiken vorangetrieben, die in die gegenwärtige Krise geführt haben. Das Konzept der Ernährungssouveränität zielt auf die Schaffung der Voraussetzungen für wirkliche Ernährungssicherheit für alle. Und dieser Prozess muss von den direkt Betroffenen selbst ausgehen.

▲ Beim pan-europäischen Forum für Ernähungssouveränität 2016 in Rumänien kamen über 500 Delegierte aus 43 Ländern zusammen. Foto: nyelenieurope.net

...aber wie?

Weltweit setzen sich Millionen von Menschen in der Bewegung für Ernährungssouveränität ein, zeigen mit ihrer Art zu kooperieren und zu wirtschaften wie unsere Ernährung von morgen aussehen kann.

Als politisches Konzept wurde Ernährungssouveränität von La Via Campesina entwickelt. Das ist die größte soziale Bewegung weltweit, die über 200 Millionen Kleinbäuerinnen und -bauern, Landarbeiter*innen und Landlose vereint. La Via Campesina erkannte bald, dass die Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme nur durch Allianzen mit anderen Bewegungen erkämpft werden kann. In der Nyéléni-Bewegung – benannt nach einer Bäuerin aus Mali, die zur Symbolfigur für den kleinbäuerlichen Widerstand wurde – sind solche breiten Allianzen möglich, weil sie sich an den Bedürfnissen und Anliegen der betroffenen Menschen orientiert und politisch Ausgeschlossenen ermöglicht, ihre Interessen zu formulieren und praktische Solidarität zu leben.

Gemeinsam, ...

2007 versammelten sich beim ersten internationalen Nyéléni-Forum Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen, Konsument*innen und Frauenbewegungen, aber auch urbane Bewegungen. Gemeinsam entwarfen sie Prinzipien von Ernährungssouveränität sowie Ziele und Forderungen.

Seither gab es bereits zwei europäischen Nyéléni-Foren, eines 2011 in Krems (Österreich), das zweite 2016 in Rumänien. Daran nahmen über 500 Menschen aus 42 Ländern teil, um die Vision der Ernährungssouveränität zu diskutieren und gemeinsame Aktionsformen zu erarbeiten.

Das erste österreichische Forum fand 2014 in Goldegg statt. Seitdem trifft sich die Bewegung zwei Mal jährlich zu einem Frühjahrs- und Herbstreffen. Damit bringt sie jene Akteur*innen zusammen, die auf unterschiedlichen Ebenen Ernährungssouveränität in die Praxis umsetzen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung im Ernährungssystem ausfechten.

... lokal und global und solidarisch

Ein zentrales Ziel der Nyéléni-Bewegung ist, transnationale Solidarität zwischen jenen Menschen herzustellen, die sich für Ernährungssouveränität einsetzen und an Alternativen von unten arbeiten. Sie stellt sich damit gegen jene Kräfte, die den globalen Norden gegen den Süden ausspielen und Migrant*innen die Schuld für Verarmung und Krise zuschreiben. Die gemeinsamen Visionen fokussieren auf eine Umgestaltung der Konsum- und Produktionsweise sowie der politischen Rahmenbedingungen dafür – auf weltweiter, europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

»Wir sind davon überzeugt, dass Ernährungssouveränität nicht nur ein Schritt hin zur Veränderung unserer Lebensmittel- und Agrarsysteme ist, sondern auch ein erster Schritt hin zu einem breiteren Wandel unserer Gesellschaften«, besagt die Deklaration des Nyéléni-Forum Krems. Ernährungssouveränität ist eine gemeinsame Vision, die auf unterschiedlichen Ebenen erkämpft wird und eine völlige Neugestaltung des Lebensmittelsystems bedeutet. Sie ist das Dach, unter dem sich der Widerstand gegen die Agrarindustrie ebenso wiederfindet wie die Kampagne zur Transformation der neoliberalen Politik hin zu Alternativen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern. Ernährungssouveränität steht für den Kampf zwischen unterschiedlichen Produktionsmodellen: Agrarindustrie gegen bäuerliche Landwirtschaft. Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!

betterplace.org

Diese Seite wurde mit 250 Euro von SpenderInnen über betterplace.org finanziert.

DAS FRÜHJAHRSTREFFEN DER NYELENIBEWEGUNG ÖSTERREICH

Ernährungssouveränität gibt's nicht im Supermarkt

Das Frühjahrtreffen der Nyéléni Bewegung für Ernährungssouveränität in Österreich fand vom 30. Mai bis 3. Juni 2018 als Teil des diesjährigen Klimacamps, organisiert von »System Change not Climate Change«, statt. Dabei gelang es, unsere Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen zu stärken und praktische Leitsätze auszuarbeiten, was Ernährungssouveränität ist und heißt.

LISA RAIL, LA VIA CAMPESINA

Was bedeutet Ernährungssouveränität konkret im alltäglichen Leben?

Während der Tage des Treffens auf dem Klimacamp-Gelände – einer Schafweide in Wolkersdorf bei Wien – hieß ernährungssouverän leben, dass die circa 500 TeilnehmerInnen über das mobile Küchenkollektiv minimal.is.muss versorgt wurden. Gekocht wurde fossilfrei mit Holz und unter selbstorganisierter, freiwilliger Mithilfe. Die frischen Zutaten und Brot kamen aus regionalen Quellen oder waren vor der Entsorgung gerettet worden; auch Haltbares, wie Polenta und Kichererbsen, stammten aus regionaler Produktion. Gezahlt wurde nach freier Preisempfehlung und um den Nährstoffkreislauf möglichst kleinräumig zu halten, gab es am ganzen Camp Kompostklos.

Ernährungssouveräne Lebensentwürfe sammelten sich auch in den vielfältigen Workshops im Nyéléni-Zelt des Klimacamps. Es ging um den Aufbau von Hofkollektiven und Gemeinschaftsökonomie, um Konzernmacht und Menschenrechte in Lebensmittelherstellung und -handel, um die Rolle von Hochschulen für einen öko-sozialen Wandel und um Food Literacy. Einen weiteren Programmpunkt bildete eine Hofführung der Gastgeberin und Biobäuerin Maria Vogt, während derer sie nicht nur von ihrem Betrieb, sondern auch von Direktvermarktung und Entwicklungen in der ökologischen Landwirtschaft des Dorfes und der Region erzählte.

Da das Ernährungssouveränitäts-Zelt und -Programm nur eines innerhalb des breiter gefächerten Klimacamps war, entstand produktiver Raum für Austausch: Menschen, die noch keinen Kontakt mit dem Konzept Ernährungssouveränität gehabt hatten, gelangten ins Nyéléni-Zelt; TeilnehmerInnen des Frühjahrstreffens besuchten Workshops über Klimagerechtigkeit, Erdgas und Pipelines, sozialökologische Ökonomie und soziale Bewegungen, oder auch über Klima und Tierhaltung. Die Überschneidungen sind groß. Allianzen sind weiter gewachsen und sind notwendig, denn Klimagerechtigkeit bedeutet auch globale Ernährungsgerechtigkeit und -demokratie.

Schließlich galt es, den Begriff Ernährungssouveränität genauer und praktischer zu definieren, nicht zuletzt, um ihn gegen Missbrauch zu verteidigen. Denn seit nunmehr einigen Monaten prangt auf den Milchpackungen von »Zurück zum Ursprung« – der Bio-Eigenmarke des Discounters Hofer – dasselbe Wort! Im Zuge des Frühjahrstreffens sind ein kritischer Artikel auf dem Mosaik-Blog und ein Videoclip entstanden, die erklären, dass im Rahmen der Konzernmachtkonzentration von Supermarktketten wie Hofer oder der Raiffeisenmolkereien keine Rede von Ernährungssouveränität sein kann. Ernährungssouveränität ist ein gesellschaftlicher Prozess der Mitgestaltung, kein Modell zum Green Washing großer Handelsketten. Ernährungssouverän heißt, machtsensibel zu sein.

Um über die konkrete Antwort auf die Hofermilch hinaus eine starke, positive, alltagstaugliche Definition von Ernährungssouveränität zu haben, wurde auf dem Klimacamp die Ausarbeitung von zehn praktischen Leitsätzen begonnen, hier einige Beispiele:

1. Ich unterstütze die Herstellung von Lebensmitteln unter Achtung der Umwelt in möglichst geschlossenen Kreisläufen (agrarökologische Landwirtschaftsweisen).
3. Ich möchte, dass alle AkteurInnen entlang der Wertschöpfungskette faire und bedürfnisorientierte Handelsbeziehungen, faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung sowie eine gute Lebensqualität haben
6. Ich setze mich für Saatgutvielfalt ein und lehne Patente auf Leben ab.
7. Ich finde es wichtig, dass Menschen Zugang zu Land und Wasser in ausreichender Qualität sowie die notwendigen Betriebsmittel für die Herstellung von lokal angepassten und agrarökologisch-produzierten Lebensmitteln bekommen.

Jeder Satz wird für die Position als HerstellerIn, VerteilerIn, KonsumentIn und BürgerIn ausgearbeitet und mit Lösungsansätzen untermauert werden. Die Bewegung und Arbeit stehen also weiterhin nicht still! Nach einem produktiven Frühjahrstreffen richtet sich der Blick schon auf das nächste Herbsttreffen der Nyéléni Bewegung, das von 2. bis 4. November in Eberndorf/Kärnten stattfinden wird und auf das große Nyéléni-Forum für den ganzen deutschsprachigen Raum in Freiburg (siehe Termine im Kasten auf Seite 11).

Links:
mosaik-blog.at/zurueck-zum-ursprung-hofer-greenwashing-ernaehrungssouveraenitaet
youtu.be/bI6yOG_cDiw

ANZEIGEN

MIGRANTISCHE ARBEITSKRÄFTE IN DER LEBENSMITTELPRODUKTION

Ausbeutung ohne Grenzen

▲ Der Kampf für Ernährungssouveränität ist auch ein Kampf für die Rechte von Migrant*innen. Foto: Sezonieri

Das System industrieller, kapitalistischer Landwirtschaft ist auf Profit in allen Produktionsschritten ausgerichtet. Es nimmt den Nahrungsmitteln ihren Gebrauchswert und den sozialen Bezug und macht sie zu Waren und zu Spekulationsobjekten auf dem Finanzmarkt. Migrant*innen als billige Arbeitskräfte sind dafür unerlässlich.

AUS DEM NYELENI-NEWSLETTER NR. 12, ÜBERSETZT UND ZUSAMMENGEFASST VON BRIGITTE KRATZWALD

Migrant*innen sind in der Produktion, Verarbeitung, Verpackung und im Vertrieb von Lebensmitteln tätig, aber auch bei der Zubereitung und dem Verkauf von fertigen Speisen. Das System ist global: von Fastfood-Ketten und Agrarfabriken in den USA bis zu Teeplantagen in Indien, von Schlachthäusern in Europa zu Fischereischiffen in Asien oder Soja-Plantagen in Südamerika. Ob Mexikaner*innen in den USA, Nordafrikaner*innen im Süden Europas oder Menschen aus Rumänien oder der Ukraine bei uns: Migrantische Arbeitskräfte sind überall unterbezahlt und schlecht geschützt. Oft arbeiten sie unter ungesunden oder sogar gefährlichen Bedingungen und werden körperlich und seelisch missbraucht. Viele haben keine Papiere und keinen sicheren Aufenthaltsstatus.

Sind internationale Konzerne die Hauptakteure in diesem Prozess so agieren Staaten häufig genug in deren Interesse. Die globalen Agrar- und Migrationspolitiken werden immer enger aufeinander abgestimmt. Regierungen sind nicht in der Lage oder nicht daran interessiert, die Rechte von Saisonarbeiter*innen gesetzlich zu regeln und lassen zu, dass sich deren Situation ständig verschlechtert.

NAFTA-Flüchtlinge

Die Ursachen für die Migration sind vielfältig, Freihandelsabkommen spielen dabei eine wichtige Rolle. Die Zahl der Migrant*innen aus Mexiko und Zentralamerika, die ohne Papiere in den USA leben, stieg zwischen 1990 und 2005 von zwei auf geschätzte 6,2 Millionen. Viele dieser Menschen könnte man als NAFTA-Flüchtlinge bezeichnen. Das nordamerikanische Freihandelsabkommen trat 1994 in Kraft und öffnete die Grenzen für einen freien Handel mit Agrarprodukten zwischen Norden und Süden.

Eine Bedingung für den Beitritt Mexikos zur NAFTA war, dass die traditionelle Form kollektiver Land- und Ressourcennutzung aufgegeben werden musste, ebenso wie ein System, das mexikanischen Bauern einen fixen Mindestpreis für Mais garantiert hatte, der mehr als drei Millionen Produzent*innen ihre Existenz sicherte. Nun fanden sich die mexikanischen Bäuer*innen plötzlich im Wettbewerb mit den billigen Produkten riesiger Agrarfabriken in den USA, die noch dazu großzügige staatliche Förderungen erhielten. Maisimporte aus den USA stiegen zwischen 1993 und 2001 um das 17-fache und betrugen 25 Prozent des Maiskonsums im Vergleich zu zwei Prozent vor dem Abkommen. Innerhalb eines Jahres fiel die Maisproduktion in Mexiko um 50 Prozent und unzählige Familienbetriebe verloren ihre wichtigste Einkommensquelle. Als Folge davon verließen Millionen von Bauern ihr Land und ihre Familien, um nach Norden zu ziehen.

Auch auf den Philippinen ist die Zahl der Menschen, die das Land verlassen haben durch die sogenannte »grüne Revolution«, die hauptsächlich in einer Industrialisierung der Landwirtschaft und einer damit einhergehenden Öffnung der Märkte bestand, seit den späten 1960er-Jahren von 500.000 auf über zwölf Millionen angewachsen.

Klimaflüchtlinge

Zudem gehören Landbewohner*innen zu den Menschen, die am schlimmsten vom Klimawandel betroffen sind. Extreme Wetterereignisse zerstören die Ernte und damit die Lebensgrundlagen von Familien und zwingen sie, anderswo Arbeit zu suchen. Im Jahr 2010 waren es in Asien schätzungsweise mehr als 30 Millionen Menschen, die durch Wetterkatastrophen vertrieben wurden.

Aber nicht nur der Klimawandel, sondern auch die von Konzernen und vielen Regierungen propagierten Maßnahmen dagegen vertreiben ländliche Gemeinschaften von ihren Territorien. Ein solches Instrument ist REDD, mit dem Regenwald gegen Ausgleichszahlungen unter Schutz gestellt wird (siehe Infokasten auf Seite 11). In Indonesien und Thailand sind Fälle bekannt geworden, wo ganze Dörfer im Namen von REDD-Projekten enteignet wurden.

Kampf um Migrant*innenrechte

Durch die Verschärfung der Grenzkontrollen und die rassistische Migrationspolitik der letzten Jahre riskieren immer mehr Menschen ihr Leben, um ohne Dokumente über die Grenzen zu gelangen. Diese papierlosen Migrant*innen werden einerseits kriminalisiert und verfolgt, andererseits sind sie unverzichtbar in der Lebensmittelproduktion in den Industrieländern, wo sie oft unter sklavenartigen Bedingungen ausgebeutet werden.

Der Kampf gegen das herrschende Nahrungsmittelsystem und für Ernährungssouveränität ist daher auch der Kampf für die Rechte von Migrant*innen und die Rechte aller Menschen, sich frei zu entscheiden, ob sie ihr Land und ihre Gemeinschaften verlassen oder lieber bleiben wollen. In den letzten Jahren haben Migrant*innen begonnen, sich zu organisieren und für ihre Rechte zu kämpfen und bilden weltweite Allianzen, auch mit anderen Akteur*innen, wie Bäuer*innen oder Fischer*innen, um gegen die gemeinsame Ursache ihrer Probleme zu kämpfen: das globale industrielle Nahrungsmittelsystem.

Landreformen als Lösung

Der Kampf der Landarbeiter*innen geht deshalb einher mit dem Kampf um eine nachhaltige Landwirtschaft und Agrarreformen. Eine Politik, die für Ernährungssouveränität steht, muss die lokale Landwirtschaft wiederbeleben und die ländlichen Gemeinschaften ermächtigen – auf der ganzen Welt, besonders aber in den Herkunftsländern der migrantischen Arbeitskräfte.

Die Bewegung für Ernährungssouveränität fordert eine Landreform, bei der fruchtbares Land und andere Ressourcen für landlose und bedürftige Menschen zur Verfügung gestellt werden und die Territorien der indigenen Bevölkerung geschützt bzw. wieder hergestellt werden. Die Agrarreform muss Bäuer*innen, indigenen Gruppen, Fischer*innen, nomadischen Hirtenvölkern und Dorfgemeinschaften die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen, wie Land, Wasser, Fischgründe, Saatgut, Wälder, Biodiveristät etc., garantieren und individuelle sowie kollektive Rechte anerkennen. Eine solche Landreform würde den Zugang zu gesunder und an die jeweilige Kultur angepasster Nahrung sicherstellen, würde Arbeit und soziale Sicherheit für die Betroffenen schaffen und so die internationale Migration und die Migration in die Städte reduzieren.

ERNTEHELFER*INNEN KÄMPFEN UM IHRE RECHTE

Renovieren, Babysitten, Kraut ernten – 3,80 Euro/Stunde?!

Im Rahmen der »Sezonieri Kampagne« unterstützt die Produktionsgewerkschaft PRO-GE Erntehelfer*innen rechtlich und politisch. Sie vertritt die Interessen von LandarbeiterInnen, möchte deren Ausbeutung verhindern und ihre Arbeitsbedingungen verbessern.

LISA BOLYOS, PRO-GE SEZONIERI KAMPAGNE

»Ich habe von 2011 bis 2014 in Tirol als Erntehelfer gearbeitet«, erzählt Andrei Oancea in einem Videoclip der Sezonieri-Kampagne. Er und sein Bruder waren aus Rumänien nach Österreich gekommen, um hier adäquat entlohnte Arbeit zu finden. Aber es kam ganz anders: »Wir haben sieben Tage die Woche gearbeitet, von sechs Uhr in der Früh bis Mitternacht, und haben dafür 3,80 Euro pro Stunde bekommen.« Außerdem wurden sie nicht nur für die vertraglich festgelegte landwirtschaftliche Arbeit eingeteilt, sondern auch für Hausarbeit, Babysitten, Arbeiten im Wald und auf der Baustelle. Das kommt auf landwirtschaftlichen Betrieben oft vor – gehört ja alles irgendwie dazu!? Irrtum. Es ist nicht erlaubt, jemanden als Landarbeiter*in anzustellen und dann als Haushaltshilfe oder Bauarbeiter*in arbeiten zu lassen. Wenn man dann noch so frech ist, den kollektivvertraglich festgelegten Lohn um fast die Hälfte auf 3,80 zu »kürzen«, darf man sich nicht wundern, wenn die Arbeitnehmer*innen vor Gericht ziehen.

Erfolgreiche Klagen

So geschehen im Fall von Andrei und Bogdan Oancea: »Wir sind zur Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) gegangen, um uns über unsere Rechte zu informieren. Die Gewerkschaft hat unserem Chef einen Brief ›Mit freundlichen Grüßen‹ geschickt und ihn aufgefordert zu zahlen. Der Chef hat nicht bezahlt, deshalb sind wir zwei Mal vor Gericht gegangen«, und er schließt die kurze Erzählung mit einem Augenzwinkern: »Dann hat er 12.600 Euro gezahlt.«

Heute ist Andrei Aktivist in der Sezonieri-Kampagne, die Erntehelfer*innen rechtlich und politisch unterstützt. Er bringt Infomaterial unter die Arbeiter*innen und dolmetscht Rumänisch. Seine Arbeitserfahrung ist kein Einzelfall. Violeta P. war sieben Jahre gemeinsam mit sechs weiteren Kolleg*innen auf einem landwirtschaftlichen Betrieb im Tullnerfeld beschäftigt, auf dem vor allem Speisekohl angebaut wurde. Sie arbeiteten regelmäßig mehr als zwölf Stunden am Tag und richteten die vom Betrieb zur Verfügung gestellte Unterkunft über die Jahre selbst her. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurden nicht richtig entlohnt, Weihnachts- und Urlaubsgeld vorenthalten. Die Stundenlöhne wurden nur auf Druck der Arbeitnehmer*innen erhöht: »Bis April 2014 bekamen wir 3,50 Euro pro Stunde. Dann haben wir gesagt, dass wir nicht mehr wiederkommen – und so hat uns der Bauer 5 Euro pro Stunde bezahlt.« Der kollektivvertraglich als Minimum festgelegte Stundenlohn für landwirtschaftliche Arbeiter*innen lag 2017 in Niederösterreich bei 6,27 Euro netto. Er wird jedes Jahr für jedes Bundesland neu verhandelt und ist rechtlich bindend – kein*e Landwirt*in kann selbst entscheiden, weniger zu bezahlen. Auch Violeta P. hat ihre Arbeitgeber*innen gemeinsam mit drei Kollegen und mit Hilfe der PRO-GE vor dem Arbeitsgericht in St. Pölten geklagt. »Das hätten wir früher machen müssen, anstatt sieben Jahre lang auf unsere Rechte zu verzichten!«

Arbeitskämpfe unterstützen!

In Österreich sind pro Jahr 30 bis 40.000 Arbeiter*innen im landwirtschaftlichen Niedriglohnsektor beschäftigt: vor allem für manuelle Arbeit wie die Pflege und Ernte von Obst und Gemüse. Die meisten von ihnen kommen aus osteuropäischen EU-Staaten, aus Serbien und der Ukraine. Ihre Arbeitsrechte durchzusetzen oder rückwirkend einzufordern, ist vor allem aufgrund des Drucks, in der kommenden Saison wieder einen Job zu finden, noch schwieriger als am regulären Arbeitsmarkt. Die Situation in Österreich ist mit vielen Binnen-EU-Ländern vergleichbar.

Ganz anders sieht es an den EU-Außengrenzen aus: In Spanien und Italien beispielsweise sind der Anbau und die Verarbeitung von Obst und Gemüse zu großen Teilen von der Arbeitskraft jener abhängig, die illegal in die EU einreisen. Je mehr Angst ein*e Arbeiter*in jedoch vor Abschiebung haben muss, desto weniger wird sie sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen wehren, möchte man denken! Arbeiter*innen im italienischen Industrietomatenbau haben gezeigt, dass sie auch anders können – mit Blockaden von Tomatensaucenfabrikstoren und Demonstrationen in italienischen Kleinstädten haben sie schon mehr als einmal die Einhaltung ihrer Arbeitsrechte und zugleich den Schutz ihres Aufenthalts erwirkt.

Biokarotten aus dem Marchfeld, Tomatensauce aus Italien, Tricolorepaprika aus Spanien – darüber, wie hart sich die Pflücker*innen und Abpacker*innen ihren Lohn erarbeiten (wenn sie ihn überhaupt bekommen), steht auf den Preisschildern nichts. Von einer Welt mit selbstbestimmter landwirtschaftlicher Arbeit zu träumen, ist richtig; aber solange wir dort noch nicht angekommen sind, müssen wir auch die hunderttausenden Kolleg*innen auf den Feldern und in den Glashäusern Europas in ihrem Kampf für gute Arbeitsbedingungen unterstützen.

▲ Die Produktionsgewerkschaft PRO-GE unterstützt Erntehelfer*innen rechtlich und politisch. Foto: Sezonieri

ANZEIGE

DIE LANDFRAGE ZWISCHEN BESATZUNG UND WIDERSTAND

Ernährungssouveränität in Palästina?

▲ Rund 30.000 Bäuer*innen profitieren von Programmen des Palestinian Union of Agricultural Work Committees.

Foto: UAWC

▲ Landwirtschaft als Widerstandsstrategie: Oliven-Ernte in Palästina.

Foto: UAWC

REDD

steht für »Reducing Emissions from Deforestation and Degradation«, also Minderung der Emissionen von Treibhausgasen, speziell Kohlendioxid, aus Entwaldung und Waldschädigung. Die Idee von REDD ist, dass nicht nur Waldnutzung, sondern auch Waldschutz profitabel werden soll: Gemäß Berechnungen, wie viel CO_2 im Wald gespeichert ist bzw. wie viel CO_2 bei zukünftigem Waldverlust freigesetzt werden würde, sollen die Waldbesitzer*innen (Privatpersonen, Firmen, Gemeinden oder Staaten) dann Waldkohlenstoff-Gutschriften zum Kauf anbieten können. Eine Gutschrift entspricht einer Tonne eingespartem CO_2. Käufer*innen erstehen damit das Recht, eine Tonne CO_2 mehr auszustoßen, als sie laut Gesetz dürften. In der Realität führt das häufig dazu, dass indigene Gemeinschaften, die den Wald seit Jahrhunderten nachhaltig nutzen vertrieben werden und ihre Existenzgrundlage verlieren, weil der Wald nun »unter Schutz gestellt wird«, damit Unternehmen in den Industrieländern weiter CO_2 ausstoßen können.

Mehr Infos gibt es unter systemchange-not-climatechange.at/de/redd/

Links

Nyeleni Österreich: ernährungssouveränität.at
Nyeleni Deutschland: nyeleni.de
Nyeleni Europa: nyelenieurope.net
Internationaler Nyeleni-Newsletter: nyeleni.org
La Via Campesina: viacampesina.org/en
Sezonieri Kampagne: sezonieri.at, vimeo.com/sezonieri
Regio Challenge: regio-challenge.de
Artikel und Video zur Kritik an Hofer (siehe Artikel Seite 9): mosaik-blog.at/zurueck-zum-ursprung-hofer-greenwashing-ernaehrungssouveraenitaet, youtu.be/bI6yOG_cDiw
Publikation zu Palästina (Mattersburger Kreis): hwww.mattersburgerkreis.at/site/de/publikationen/jep/alleausgabenartikel/article/388.html
Webseite von UAWC: uawc-pal.org

Termine

Herbsttreffen von Nyéléni Österreich:
2. bis 4. November in Eberndorf /Kärnten

Regio Challenge:
8. bis 16. September deutschlandweit

Nyéléni-Forum für den deutschsprachigen Raum:
6. bis 9. Dezember in Freiburg im Breisgau

Wenn man Palästina hört, denkt man an Krieg, an Besatzung, an Gewalt, nicht unbedingt an Ernährungssouveränität (ES). Philipp Salzmann aus Wien hat es unternommen, diese beiden Themen zusammenzubringen. Das Interview mit ihm führte Brigitte Kratzwald.

Was hat dich dazu gebracht, dich mit ES in Palästina zu beschäftigen?

Philipp Salzmann: Ich beschäftige mich schon seit vielen Jahren sowohl politisch-aktivistisch als auch wissenschaftlich mit Ernährungssouveränität, dem Recht auf Nahrung und Palästina. Leider werden insbesondere in deutschsprachigen Diskursen diese Themen selten miteinander gedacht. Die Landfrage ist gerade in Palästina vor dem Hintergrund der israelischen Besatzung, die den Zugang zu und die Kontrolle über natürliche Ressourcen determiniert, von strategischer, sozio-politischer und natürlich landwirtschaftlicher Brisanz. Aufgrund der andauernden Okkupation nehmen die palästinensischen Gebiete, Westbank, Ostjerusalem und Gaza, in vielerlei Hinsicht zwar eine Sonderstellung ein. Allerdings sind nicht zuletzt im landwirtschaftlichen Kontext vergleichbare Tendenzen zu Ländern des Globalen Südens und damit ähnliche Problemstellungen zu erkennen; insbesondere im Lichte neoliberaler Dynamiken seit den 1990er Jahren. Auch in Palästina verschärfen Strukturanpassungsprogramme die Lebensbedingungen der Menschen. Eine zentrale Forderung der Bewegung für ES ist die bäuerliche Selbstbestimmung. Die Forderung nach Selbstbestimmung in einem besetzen Gebiet ist angesichts bestehender Herrschaftsverhältnisse notwendigerweise eine emanzipatorische. ES kann nicht zuletzt als Gegenmodell zur kapitalistischen Landwirtschaft und damit als radikale Antwort auf ein auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt basierendes System verstanden werden – auch in Palästina.

Was sind die besonderen Herausforderungen für ES in Palästina? Wie sieht die Situation der Bäuer*innen aus?

Eine ernährungssouveräne Perspektive auf Palästina muss vordergründig die Auswirkungen der Besatzung im Blick haben. Die systematische Fragmentierung der Westbank (Westjordanland) in drei verschiedene Zonen sowie die Errichtung der Mauer bzw. des Sperrwalls konzentriert die natürlichen Ressourcen in den Händen der israelischen Besatzungsmacht. Unterschieden werden drei Zonen: Zone C unterliegt der vollen militärischen und administrativen Kontrolle Israels. Sie umfasst 60 Prozent des Territoriums der Westbank und beinhaltet als einzige durchgängige Zone die meisten Wasserreservoirs und die fruchtbarsten Böden. Zone A untersteht palästinensischer Zivilverwaltung und gemeinsamer israelisch-palästinensischer Sicherheitsverwaltung, Zone B steht unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Diese beiden Zonen sind in nicht zusammenhängende Inseln geteilt. Hinzu kommen der fortschreitende Ausbau israelischer Siedlungen sowie militärischer Zonen und die Checkpoints auf dem Territorium der Westbank. Zur konkreten Verbildlichung: nachdem 80 Prozent der Mauer in der Westbank gebaut wurden, steht diese auch beispielsweise zwischen Bäuer*innen und ihren Feldern.

Der Gazastreifen ist durch Israel komplett abgesperrt – die humanitäre Lage ist katastrophal und unter anderem durch einen krassen Mangel an Nahrungsmitteln gekennzeichnet. Die lokale Nahrungsmittelproduktion ist paralysiert. Die Situation der Bäuer*innen stellt sich so dar: landwirtschaftliche organisierte Gemeinden werden zerstört, Landgrabbing sowie die Vertreibung und Diskriminierung von Bäuer*innen sind an der Tagesordnung; die Vermarktungsmöglichkeiten palästinensischer Produkte innerhalb der palästinensischen Gebiete sind massiv eingeschränkt und sowohl Importe als auch Exporte landwirtschaftlicher Produkte unterliegen der totalen Kontrolle Israels. Es kommt also zu einer mannigfachen Verletzung des Menschrechts auf Nahrung.

Welche Ansätze gibt es? Wie organisieren sich die Menschen? Verwenden sie den Begriff und das Konzept der ES und sind sie auch international vernetzt?

Palästina hat eine lange Widerstandsgeschichte, die sich in verschiedenen Bewegungen und Ansätzen ausdrückte. Die Landfrage spielte dabei zumeist eine gewichtige Rolle. Insbesondere im Lichte anti-imperialistischer sowie anti-kolonialer Kämpfe und in Zusammenhang mit der Bewegung blockfreier Staaten, die während des kalten Krieges versuchten eine unabhängige Position zwischen Ost- und Westblock einzunehmen, wurde in den 70er und 80er Jahren versucht, eine Widerstandsökonomie zu leben. In der Agrarfrage bedeutete dies, Landwirtschaft als Widerstandsstrategie wahrzunehmen und aktiv natürliche Ressourcen wie Land und Wasser zurückzufordern, um Selbstversorgung zu ermöglichen. Mit der Neoliberalisierung der 1990er Jahre – vorangetrieben durch die Palästinensische Autonomiebehörde, die Weltbank, den IWF sowie durch westliche Geber*innen – fand eine Entpolitisierung und eine Stabilisierung bzw. Normalisierung des Status Quo statt. Zumindest lässt sich dies für die institutionelle politische Ebene ausmachen.

Anders verhält es sich im zivilgesellschaftlichen Bereich, wo es vielerlei unterschiedliche widerständige Praktiken gibt. In Zusammenhang mit ES ist hier vor allem die Palestinian Union of Agricultural Work Committees (UAWC) zu nennen die bereits 1986 als NPO gegründet wurde. Die UAWC ist heute die größte Institution für landwirtschaftliche Entwicklung in Palästina und etwa 30.000 Bäuer*innen profitieren jährlich in der Westbank und in Gaza von ihren Programmen. Die Aktivitäten reichen von landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen wie der Errichtung von Wasserversorgung, landwirtschaftlichen Kooperativen oder einer Samenbank, um lokales Saatgut zu erhalten und dieses unentgeltlich zu verbreiten, über Trainings für Bäuer*innen, wo neben landwirtschaftlichem Know-How auch Menschenrechte vermittelt werden, bis hin zu rechtlichem Beistand in Gerichtsfällen. Die UAWC war im Nahen Osten das erste Mitglied von La Via Campesina, der internationalen Kleinbäuer*innenbewegung, auf welche ES zurückgeht und ist seit diesem Jahr die erste arabische Niederlassung von La Via Campesina. Im Zentrum der Organisation steht die Ermächtigung der Bäuer*innen. UAWC bezieht sich seit geraumer Zeit auf ES und versteht Landwirtschaft als praktische Strategie gegen die Besatzung.

Welche Zukunftsperspektiven siehst du?

Nun, ich denke aus einer kritischen Entwicklungsperspektive leistet UAWC aktuell einen immens wichtigen Beitrag. Die Arbeit der Organisation wird international immer bekannter und damit das Zusammendenken von ES und Palästina. Es braucht internationale Solidarisierung, um politischen Druck auf die Besatzungsmacht Israel zu erzeugen. Eine langfristige und generelle Zukunftsperspektive kann und wage ich nicht zu entwerfen. Eine Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte – das Menschenrecht auf Nahrung ist im Kontext mit ES zentral – würde allerdings einen essentiellen Schritt darstellen.

ANZEIGE

AGRARÖKOLOGIE ALS ZUKUNFTSVISION

Die Kunst der bäuerlichen Landwirtschaft

Agrarökologie ist ein zukunftsfähiger Gegenentwurf zur industriellen Landwirtschaft. Es handelt sich um einen systemischen Ansatz, der die Gesamtheit ökologischer, sozialer und kultureller Aspekte in den Blick nimmt. Agrarökologie spielt eine wichtige Rolle im globalen Kampf für das Recht auf Nahrung und ist deshalb eng mit dem Thema Ernährungssouveränität verknüpft.

FRANZISKUS FORSTER, ÖBV - VIA CAMPESINA ÖSTERREICH

▲ Mitglieder von »We Are the Solution-Senegal«, Mariama Sanko (links) und Fatou Binetou Diop, während sie eine agro-ökologische Bananen-Plantage in Sindala (Mali) besuchen.

Foto: Mina Remy / Grassroots International

La Via Campesina organisierte 2015 ein Nyéléni-Forum in Selingué in Mali, bei dem das Konzept Agrarökologie im Zentrum stand. Es wurden die wichtigsten Säulen und Prinzipien festgehalten und Strategien erarbeitet, wie dieses Konzept weiter vorangetrieben werden kann. Dabei wurde klar sichtbar: Agrarökologie ist nicht nur eine Technologie oder eine bloße Sammlung von Produktionspraktiken, die überall auf der Welt auf dieselbe Weise umgesetzt werden können. Viel mehr gibt es gemeinsame Prinzipien, aber diese müssen an die lokalen Realitäten und Kulturen angepasst werden. Agrarökologie ist in eine Lebensweise eingebettet, die einerseits indigene Territorien anerkennt, andererseits aber auch die Perspektive einer »Kosmovision« einnimmt: ein Gleichgewicht zwischen Land/Boden, Natur, Kosmos und Menschen über das »Netz des Lebens und des Lebendigen«. Dies ist der Grund, warum Lebensmittel, Land, Saatgut, Wasser und Natur aus dieser Sicht keine Ware sein können.

Machtverhältnisse ändern durch kollektive Selbstorganisation

Gestalter*innen solcher agrarökologischen Systeme sind Familien, Gemeinschaften, Kollektive und soziale Bewegungen, daher sind kollektive Selbstorganisation und gemeinsame Aktion wesentliche Säulen. Kollektive Rechte und Commons, eine Anerkennung von und ein Dialog zwischen unterschiedlichem Wissen und verschiedenen Wissensformen sind dabei ebenso wichtig, wie die gemeinsame demokratische Kontrolle über Innovationen und Forschung, Land, Saatgut, Tierzucht, Regulierungen, sowie über die gemeinsamen Lebensgrundlagen.

Da es sich nicht nur um ökologische sondern auch soziale Systeme handelt, sind ökologische Gesichtspunkte eng mit Geschlechterverhältnissen, der Beziehung zwischen Generationen, sowie Rassismus und Klassenverhältnissen verwoben. Fragen der Verteilung von Macht, Arbeit, Aufgaben, Entscheidungsmöglichkeiten und Einkommen sind zu berücksichtigen.

Weltweit gibt es eine Fülle und Vielfalt an Beispielen, die das große Potenzial von Agrarökologie veranschaulichen. Sie verbinden die Ziele der Schonung von Ressourcen, der Förderung von lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen, der Steigerung von Erträgen und der demokratischen Beteiligung aller Betroffenen, der Förderung von Gesundheit und Wohlstand, sowie der Selbstbestimmung und sind deshalb eine vielversprechende Zukunftsvision.

Mehr ernten bei niedrigeren Kosten

So wurde etwa in Kenia eine regional angepasste Methode des Schädlings- und Unkrautmanagements entwickelt, durch die sich die Maisernten und die Milchproduktion verdoppelten. Dabei werden zwischen die Maisstauden Pflanzen gesetzt, die entweder Schädlinge vertreiben oder natürliche Feinde der Schädlinge anlocken. Diese Pflanzen haben den Zusatznutzen, dass sie den Boden verbessern und als Tierfutter dienen können. Die Tiere liefern wieder Dung zur Verbesserung der Böden. Durch Bürger*innenversammlungen, Radioübertragungen und »farmer field schools« verbreitete sich diese sogenannte »Push-Pull-Methode« rasant und wird inzwischen von über 10.000 Haushalten in Ostafrika angewendet.

Ähnlich effektiv ist die »Aigamo-Methode« beim Reisanbau in Japan, sie spart sowohl Arbeit als auch teure Chemikalien. Der Name stammt von der Aigamo-Ente, einer Kreuzung aus Wild- und Hausenten. Zwei Wochen alte Aigamo-Enten werden nach dem Anpflanzen der Setzlinge auf das Reisfeld ausgesetzt. Die Enten fressen sowohl Unkräuter als auch Insektenschädlinge; ihr Waten führt dem Wasser zusätzlichen Sauerstoff zu und ihre Ausscheidungen sind natürliche Düngemittel. Darüber hinaus können die Enten verzehrt oder verkauft werden und stellen damit eine zusätzliche Eiweiß- bzw. Einkommensquelle dar. Zusätzlich können bei dieser Methode noch Algenfarne auf den Feldern angebaut werden. Diese an der Wasseroberfläche wachsende Pflanze fixiert Stickstoff aus der Luft, dient als Nahrung für die Enten und bietet Unterschlupf für die Fische, die ebenfalls auf den Feldern ausgesetzt werden können. Die Fische ernähren sich von den Ausscheidungen der Enten, von Wasserflöhen und von schädlichen Würmern. Zusammen liefern die Fische und Enten zusätzlichen Dünger und fördern durch ihre Bewegung im Wasser das Pflanzenwachstum: die Reispflanzen entwickeln dickere Stängel und sind dadurch weniger stark durch den Wind gefährdet. Auch diese Methode verbreitete sich rasch. Sie wird inzwischen auch in China, Indien und auf den Philippinen praktiziert und konnte das Nettoeinkommen der Reisbauern um 80% erhöhen.

Weg aus der Schuldenfalle

»Zero Budget Natural Farming« ist nicht nur ein agrarökologischer Ansatz, der vom Agronomen Subhash Palekar in Indien eingeführt wurde, sondern auch eine soziale Bewegung, an der an die 100.000 indische Bäuer*innen beteiligt sind. Das Wort »Budget« bezieht sich auf Kredite und Ausgaben und verweist auf die Verschuldung, eines der Hauptprobleme für Bäuer*innen in Indien. »Zero Budget« zielt darauf ab, die Abhängigkeit von Krediten und Ausgaben zu reduzieren. »Natural Farming« bedeutet mit der Natur anstatt gegen sie zu arbeiten. Der Erfolg dieser Bewegung liegt darin, dass dieser Ansatz eine wirkliche Lösung für die Mehrheit der Bäuer*innen ist, um aus der Verschuldungsfalle zu kommen. Befördert wird der Erfolg zudem über selbstorganisierte Netzwerke, über die die Praktiken laufend weiterentwickelt und verbreitet werden.

Ohne Frauenrechte keine Ernährungssouveränität

Global sind Frauen und Mädchen stärker von Mangelernährung betroffen als Männer, obwohl sie mehr Arbeit in der Landwirtschaft, im Haushalt und bei der Sorge um Kinder und Alte leisten. In der Ekwendeni-Region im Norden von Malawi ist nicht nur die Ernährungssituation prekär, sondern auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in den Familien hoch. Häusliche Gewalt, mangelnder Zugang zu Ressourcen und schwere Arbeitsbelastung der Frauen, sowie exzessiver Alkoholkonsum der Männer sorgen dafür, dass Frauen stärker von Hunger betroffen sind als Männer. Zugleich klagten jedoch alle Bäuer*innen über die steigenden Kosten für Düngemittel und Probleme bei der Verbesserung der Produktivität der Landwirtschaft.

In einem partizipativen Forschungsprojekt, über das das »Journal of Peasant Studies« berichtete, wurden verschiedene Techniken nachhaltiger Landwirtschaft getestet, um die Ernährungssicherheit und die Ernährungssituation der Kinder zu verbessern. In sieben Gemeinden wurden je 30 Mitglieder eines »bäuerlichen Forschungsteams« ausgewählt. Diese Teams lernten verschiedene Fruchtfolgevarianten des Leguminosenanbaus. Dadurch sollten über einen wirtschaftlich leistbaren Weg ihre Böden verbessert und so alternative Ernährungsquellen erschlossen werden. Die Bäuer*innen testeten diese Techniken auf ihren eigenen Versuchsflächen und gaben ihr Wissen an Interessierte weiter. Mit Unterstützung von Mitarbeiter*innen des Krankenhauses und von externen Forscher*innen untersuchten sie die Auswirkungen und Resultate auf ihren Feldern und in ihrer Ernährung. In diesem Prozess wurden Männer und Frauen als gleich in ihren Fähigkeiten, in Bezug auf Mitsprache und als Wissensproduzent*innen anerkannt. Daraus entstand etwas Neues: In einem partizipativen Workshop, an dem Gruppen aus verschiedenen Gemeinden, Ältere und Junge, Männer und Frauen aus ernährungsunsicheren Haushalten teilnahmen, wurde eine richtungsweisende Erkenntnis sichtbar: Technische Verbesserungen in der Produktion sind wichtig, aber sie reichen alleine nicht aus. Die Geschlechterverhältnisse sind eine zentrale Ursache dafür, dass sich die Ernährungssicherheit in den Haushalten und die Ernährungslage für die Kinder nicht verbessern. Frauen klagten darüber, dass die neuen Anbautechniken zu noch höherer Arbeitsbelastung geführt hätten. Sie berichteten, dass die Männer oftmals die Ernte verkauften und die Einnahmen für Alkohol und andere Zwecke verwendeten. Solange die Männer eine Teilnahme verweigern, gibt es keine Fortschritte.

Messbare Erfolge

Aus dieser Erkenntnis entstand die Idee der »Rezepttage«: Es ging dabei vordergründig um Kochrezepte und Ideen für eine bessere Ernährung in Form eines kollektiven, öffentlichen und lustvollen Ansatzes. Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es, Treffen abzuhalten, in denen Mahlzeiten zubereitet, diskutiert und gegessen wurde – und in denen Genderthemen angesprochen werden konnten, während gleichzeitig durch gemeinsames Kochen die Geschlechterrollen aufgebrochen wurden. Damit wurde es möglich, über Themen zu sprechen, die normalerweise eine Privatangelegenheit sind. Die Treffen wurden immer mehr zum Selbstläufer, immer mehr Menschen – auch Männer – nahmen aktiv teil. Das Projekt ist von einer Handvoll Bäuer*innen auf Hunderte und Tausende gewachsen und umfasst das Experimentieren mit nachhaltigen landwirtschaftlichen Techniken und in Ergänzung dazu die aktive Organisierung rund um Rezepte und Bildungsarbeit zu Ernährung. In drei Jahren haben über 1.000 Männer und Frauen an Rezepttagen teilgenommen. Die nachfolgenden Interviews ergaben, dass letztlich drei Viertel der Teilnehmer*innen Veränderungen hin zu mehr Gleichheit in der Arbeitsteilung und Entscheidungsfindung feststellten.

Die Forschungsergebnisse zeigten auch, dass Kinder aus Familien, die aktiv an dem Projekt teilgenommen haben, ein besseres Wachstum im Vergleich zu nicht teilnehmenden Familien aufwiesen. Die Raten der Mangelernährung in der Region sanken substanziell, was unter anderem dazu führte, dass das Zentrum für Ernährungsrehabilitation des Ekwendeni Krankenhauses aufgrund mangelnder Fälle geschlossen wurde.

Die positiven Resultate wurden durch die aktive Partizipation der Teilnehmer*innen an diesem Prozess und durch die Arbeit jener, die ihn organisierten, selbst bewirkt. Doch diese Tatsache darf nicht zu dem Schluss führen, dass dadurch Politikentscheidungen weniger Bedeutung beigemessen werden kann. Die Durchführung des Projekts selbst war eine politische Entscheidung. An diesem Beispiel wird deutlich, was passieren kann, wenn Ernährung tatsächlich ernst genommen wird, ohne verkürzte Nährstoff-Fixiertheit zu betreiben.

Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung von:
Forster, Franziskus (2017): Mit Agrarökologie für das Recht auf Nahrung. Vielfalt gegen Mangel und Hunger. Wien: FIAN Österreich, online unter: https://bit.ly/2zSM4mS

ANZEIGE

GO-IN IM FLIEGERHORST BÜCHEL

Musik auf der Atombomben-Startbahn

Die Rollbahn des Luftgeschwaders 33 in Büchel in der Eifel war unser Ziel. Wir, das waren am 23. Juli sieben Menschen aus verschiedenen Ecken der Republik, fest entschlossen, Maschendrahtzaun und Nato-Draht hinter uns zu lassen und den Flugbetrieb der Bundeswehr-»Tornados« zu behindern.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

▲ Friedenszeugnis auf Airbase: Sieben Quäker*innen und Freund*innen haben die Start- und Landebahn des Fliegerhorst Büchel unautorisiert betreten, um den Abzug der Atombomben zu fordern. Foto: Quäker-Netzwerk Büchel

Alltäglich üben sie in Büchel den Atomkrieg. Deutsche Piloten trainieren das Ausklinken der US-Atombomben B61 gegen den »Feind«. »Nukleare Teilhabe« nennt sich dies. Die Bundesregierung hält daran eisern fest, obwohl es gegen den Atomwaffensperrvertrag (NPT – Nonproliferation Treaty) verstößt ebenso wie gegen Völkerrecht und Grundgesetz. Auch gegen einen Bundestagsbeschluss von 2010 und den Koalitionsvertrag der CDU/FDP-Regierung von 2009.

Wir sieben Friedensfreund*innen hatten uns zu den Aktionstagen der Quäker am Atomwaffenstandort Büchel eingefunden, um im Rahmen der Kampagne »Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt« gegen den Skandal der fortgesetzten Atomkriegsübung zu protestieren. Zwei Tage lang bereiteten wir uns in einem nahe gelegenen Tagungshaus darauf vor. Mit dabei waren Vertreter*innen des Netzwerks Friedenssteuer und von IPPNW (Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg – International Physicians for the Prevention of Nuclear War) sowie Pax Christi. Es waren also gleich drei Organisationen am extra-legalen Go-in beteiligt, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden sind: neben der IPPNW auch die Kampagne »Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt« als Mitglied von ICAN (International Coalition against Nuclear Weapons) und die Quäker – Religiöse Gesellschaft der Freunde.

Als wir am vereinbarten Ort eintrafen, stand die Umzäunung bereits einladend offen. »Tag der Offenen Tür«, konstatierte ein Unterstützer ironisch. Die Seitenschneider-Expert*innen blieben anonym. Wir aber wollten unsere Identität nicht verstecken. Kaum waren wir auf der Start- und Landebahn, warfen wir uns in Festtagskleidung. Wir entrollten unser Banner und die Pace-Fahne, stellten den Notenständer auf den tristen Asphalt, Susanne griff in die Tasten ihres Akkordeons, Miriam blies die Querflöte und wir intonierten den US-amerikanischen Klassiker der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung »We shall overcome« und weitere Peace-Songs. Zwischendurch warfen wir »Saatbomben statt Atombomben« ins Gelände. Lebenszeichen statt Todespiste waren angesagt.

Nun ja, nicht allzu lange währte die Freude. Nach rund fünfzehn Minuten erschien ein Fahrzeug der »Luftsicherheit«. Der Fahrer stieg aus und forderte die Musikant*innen auf, die Rollbahn zu verlassen. Wir musizierten und sangen weiter. Der Sicherheitsbeauftragte stieg wieder ein und zückte sein Handy. Jetzt war uns klar, dass keine Gefahr mehr bestand, dass etwa ein Kampf-Jet starten könnte. Außerdem war wohl wie vereinbart rechtzeitig bei Bundeswehr und Polizei der Warn-Anruf unserer Unterstützer*innen eingegangen: »Vorsicht, es sind Personen auf der Rollbahn – bitte den Flugverkehr sofort stoppen!«

Die herbeitelefonierte Verstärkung erschien nun auf dem Rollfeld. Ein Dutzend Bundeswehr-Soldaten (einer mit Maschinengewehr) umstellte die Protestierenden. Ein freundlicher Feldwebel forderte uns auf mitzukommen. Wir hätten ja nun unser Demonstrationsrecht wahrgenommen. Wir folgten seiner Einladung, in die bereitgestellten Transporter einzusteigen. Sie fuhren uns zum Haupttor, wo die Polizei uns erwartete. Same procedure as every time – so hatte man uns das übliche Vorgehen im Vorhinein geschildert, auch die nun folgende erkennungsdienstliche Behandlung. Der vorgesetzte Polizist plauderte aufgeräumt mit uns »Delinquenten«. Miriam erzählte, dass sie aus der DDR stamme, die ohne Zivilen Ungehorsam wohl heute noch existieren würde. Brigitte betonte gegenüber den jungen Soldaten, sie könne altersmäßig wohl ihre Großmutter sein und erzeugte verlegene Mienen. Alle wiesen wir auf das große Unrecht der Atomkriegsüberei hin, an dem sie sich doch bitte nicht weiterhin beteiligen mögen. Unser Transparent mit der Aufforderung »Atombomben abschaffen JETZT!« rollten wir ein, es wird sicher wieder verwendet werden. Drei Ziele haben wir mit unserer Aktion Zivilen Ungehorsams verfolgt:

- Den illegalen Atomkriegs-Übungs-Betrieb behindern
- Auf das Unrecht der Stationierung von Atombomben in Deutschland aufmerksam machen und eine Prozess-Kampagne bis zum Verfassungsgericht in Gang setzen
- Eine möglichst breite Medienpräsenz erreichen

Das konnten wir realisieren. Anklagen nicht nur wegen vermuteter »Sachbeschädigung«, angeblichem »Hausfriedensbruch« und diesmal auch vorgeblich »gefährlichem Eingriff in den Luftverkehr« hat die Bundeswehr in Aussicht gestellt. Letztere Anklage hat wohl auch dazu geführt, dass diesmal auch bundesweit in Mainstream-Medien berichtet worden ist. »Der Spiegel«, »Die Zeit«, »Die Welt«, die »Süddeutsche Zeitung«, der »Focus« und das »ZDF« u.a. haben unsere Aktion bekannt gemacht. Die kommenden Gerichtsverhandlungen werden weiterhin Anlass für Diskussionen liefern. Wir werden den »rechtfertigenden Notstand« zu unserer Verteidigung anführen und unsere Überzeugung, dass Ziviler Ungehorsam nötig ist, um grundlegende Veränderungen zu erreichen. Das haben die Frauenrechtlerinnen in England ebenso gezeigt wie Gandhis antikolonialistische Gesetzesübertretungen in Indien, die Bürgerrechtler*innen in den USA mit Martin Luther King wie die Dissident*innen in der DDR vor der »Wende« – auch wenn immer noch nicht alle Ziele dieser Bewegungen umgesetzt sind. Wir müssen noch viel viel mehr werden, die etwas wagen.

Der Kampf geht weiter. Ein Etappenziel: Unterzeichnung des 2017 von 122 Staaten beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen durch die Bundesregierung.

> *»Wenn ich an Terror denke, dann denke ich nicht nur an Gruppen wie den IS, sondern auch an neun Staaten, die den Rest der Welt - mehr als sieben Milliarden Menschen - mit der Möglichkeit einer atomaren Katastrophe bedrohen. Das ist für mich ebenfalls Terror. Welche Moral hat eine Gesellschaft, die die Herstellung solcher Waffen erlaubt? Welche Werte hat eine Wirtschaft, die Milliarden in solche Waffen investiert und zugleich Millionen von Menschen verhungern lässt? Wie können wir so etwas rechtfertigen?«*
>
> **Jody Williams, US-amerikanische Friedensnobelpreisträgerin, erfolgreiche Koordinatorin der Landminenkampagne, die zu deren internationaler Ächtung führte, November 2017**

Spenden für die Prozesskampagne »Wider§pruch« können überwiesen werden auf folgendes Konto: Kurve Wustrow, Stichwort: Wider§pruch, IBAN: DE23 4306 0967 2041 6468 01, BIC: GENODEM1GLS

FILM- UND BUCHBESPRECHUNG: DAS WUNDER VON MALS

»Eine Anleitung zum Widerstand«

Das kleine Dorf Mals in Südtirol ist nicht nur mit seinem Kampf gegen Pestizide aus den konventionellen Apfelplantagen bekannt geworden. Seine BewohnerInnen haben sich in einer Volksabstimmung auch deutlich für eine Zukunft ohne Glyphosat und Co. ausgesprochen – und damit für einen selbstbestimmten Weg der Ernährungssouveränität (vgl. auch den Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12). Wie aus einer lokalen Geschichte erst als Film und dann als Buch eine Inspirationsquelle für Aufständische wird.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Der Filmregisseur Alexander Schiebel aus Wien war offensichtlich angetan von der Wiederauflage der Geschichte des kleinen gallischen Dorfes: »Pestizide! Überall auf der Welt sind sie auf dem Vormarsch. Überall? Nein! Ein von unbeugsamen Vinschgern bewohntes Dorf in Südtirol hört nicht auf, diesem Eindringling Widerstand zu leisten.«

Tatsächlich will Mals zur ersten Gemeinde Europas werden, die den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft verbietet. Doch obwohl sich in einer Volksabstimmung 76 Prozent der BewohnerInnen für das Verbot ausgesprochen hatten, ging der Kampf gegen eine übermächtige Allianz aus Bauernbund, Landesregierung und Agrarindustrie danach erst richtig los.

Schiebel begleitet diese Auseinandersetzung nicht nur als Reporter, der von außen auf das Dorf südlich des Reschenpasses blickt, sondern er bezeichnet seine Rolle als »teilnehmender Beobachter«, der sogar mit seiner Familie nach Mals umzieht.

Insbesondere für KinobesucherInnen scheint diese Rolle gewöhnungsbedürftig zu sein, war doch eine der ersten Fragen nach der Vorführung im Rahmen der Ludwigsburger NaturVision-Filmfestivals, warum er die Gegenseite nicht zu Wort kommen lasse. Worauf der Autor schlicht antwortete, dass ihn die Polit-Floskeln irgendwann nicht mehr interessiert hätten.

Er wollte die Menschen vor Ort und ihr Beweggründe für den Widerstand porträtieren: Den Apotheker und den Tierarzt als charismatische Querdenker, die Friseurin und die Kindergärtnerin als kreative und witzige Aktivistinnen und zwei Biobauern, die durch die Zunahme der Flächen für konventionelle Apfelplantagen in ihrer Existenz bedroht sind. Kurz: Schiebel nimmt die KinogängerInnen und LeserInnen mit »auf die Suche nach dem streng geheimen Rezept jenes Zaubertranks, der die mutigen Malser unbesiegbar macht«.

Der Autor bleibt mit seinen Schilderungen trotz der aktiven Teilnahme im Widerstand authentisch, denn sowohl das Buch wie auch der Film sind in Ich-Form erzählt. Außerdem spürt man das Vertrauen der MalserInnen, das sie Alexander Schiebel entgegen bringen, denn sonst hätten die oftmals persönlichen und berührenden Interviews so nicht stattfinden können. Inspirierend und sehr empfehlenswert!

Info zum Buch:
Alexander Schiebel: Das Wunder von Mals - wie ein Dorf der Agrarindustrie die Stirn bietet; oekom Verlag, München 2017, 242 Seiten, 19 Euro.
Info zum Film sowie Kinotermine: http://wundervonmals.com/

IDEE UND KONZEPT VON PHILOCAFÉS

Alltägliche Philosophie jenseits des Elfenbeinbeinturms

Jeden Sonntag Morgen ist das Pariser »Café des Phares« am Place de la Bastille gut gefüllt. Das Publikum ist durchmischt, aber die meisten Gäste zählen schon ein etwas älteres Semester. Viele von ihnen sind jeden Sonntag hier – zum traditionellen Philocafé. Kurz nach zehn ergreift ein älterer Herr das Mikrofon, begrüßt die Teilnehmer*innen und erläutert die Grundregeln des philosophischen Cafés.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

So hat jede/r das Recht auszusprechen, es soll zugehört werden etcpp. Anschließend sammelt er die Vorschläge. Ein älterer Herr schlägt vor über »Zweifel und Schuld« zu reden, eine Dame möchte eine Aussage des Philosophen Descartes diskutieren und ein Student bietet als Thema eine Lebensweisheit seiner Oma an. Nach kurzem Nachdenken entscheidet der Moderator, welches der Themen am heutigen Vormittag diskutiert wird. Es ist die Lebensweisheit der Oma, die den Zuschlag erhalten hat.

Der- oder diejenige, dessen/deren Thema genommen wurde, erhält als erstes das Mikrofon und erläutert, warum er oder sie gerne das Thema diskutieren würde. Nun wird munter drauflos philosophiert und diskutiert. Es hat hier Tradition – seit 1992, als der praktische Philosoph Marc Sautet zum ersten Mal mit einem Dutzend Teilnehmenden eine solche Veranstaltung durchführte. Seine Erfahrungen mit jenem Projekt veröffentlichte er unter dem Titel »Ein Café für Sokrates«. Der Bezug auf die mehr fiktive als reale Gestalt Sokrates ist nicht unpassend. So wie jener Philosophie in der Öffentlichkeit betrieb, so soll auch im Philocafé die Philosophie wieder an öffentlichen Orten praktiziert werden.

In Bezug auf die Rolle des (ausgebildeten) Philosophen reflektiert Marc Sautet: »Diese Debatte im Café, eine harte Prüfung für den Philosophen, ist auch ein Test für die Philosophie: ein Experiment, das es ermöglicht herauszufinden, ob die Philosophie der Sache dient, der zu dienen sie behauptet. Sie behauptet, ihre Anhänger über die Vorurteile hinwegzuheben. Abgesehen von der persönlichen Herausforderung, der sich der Philosoph verpflichtet fühlt, ist es für ihn die Gelegenheit, den Beweis dafür anzutreten, dass seine Disziplin etwas taugt und dass man ihr folgen sollte, statt sich mit den herrschenden Meinungen zu begnügen.«

Lutz von Werder, der diese Idee in leichter Abwandlung ein paar Jahre später auch in Deutschland mitinitiierte und bis heute an mehreren Orten in Berlin Philocafés anbietet, erläuterte in seinem Buch: »Das Café als philosophischer Lernort ist die geeignetste Angebotsform für praktische Philosophie. Der Ort ist extrem niedrigschwellig. Man kommt und geht. Neben dem Vorderhorn, erforderlich für das Philosophieren, erfreut im Café Kuchen und Tee den Mund. Jeder hat eine Chance, sich zu äußern. Jede Frage findet ein interessiertes Publikum.«

Für beide Philosophen ist das Philosophieren – jenseits des universitären Elfenbeinturms – eine Form der Selbstermächtigung des Individuums, in der zum Selbstdenken und Reflektieren angeregt wird. Es geht nicht darum, die (verstaubten) Ideen (meist) alter Männer erneut durchzukauen, sondern sich im Austausch mit anderen über die eigene Ethik bewußt zu werden und damit auch an sich zu wachsen. Dementsprechend lautet die erste der elf Thesen zum philosophischen Café von Lutz von Werder kantianisch: »Bisher haben die Menschen fremd gedacht – jetzt können sie selber denken.« Bei ihm geht es über das Gespräch hinaus und beinhaltet zudem auch den Aspekt des philosophischen Schreibens.

Von der akademischen Philosophie wird die Idee zum Teil belächelt, ein niedrigschwelliges Angebot für Laien anzubieten. Es scheint sich wie eine Laientheatergruppe zu einem etablierten Theaterensemble zu verhalten, wenn der oder die Normalbürger*inanfängt zu philosophieren. Es geht aber nicht um die Hochwertigkeit, sondern darum, das Philosophieren als Praxis erneut zu etablieren und zu üben – statt sich auf die Wiedergabe der Geistes- und Ideengeschichte zu beschränken. Philosophie muß und sollte nicht weltfremd sein, sondern Teil des Alltags. Dem oder der Philosoph*in kommt dabei die Rolle des Lehrers und Moderators oder der Lehrerin und Moderatorin zu.

Dabei sind die diskutierten Problemstellung alles andere als Banalitäten. Sautet begann das Philocafé mit der Thematik »Tod«, ein für philosophische Cafés gut geeignetes Thema, was gleichzeitig ein klassisches Thema der Philosophie ist. Andere klassische Themen sind das »gute Leben«, »Tierrechte« oder die »Liebe«.

▲ Große Namen der Philosophie: Sartre, Nietzsche, Hegel, Kant, Descartes und Platon. Foto: Maurice Schuhmann

In vielen deutschen Städten werden mittlerweile in Nachbarschaftshäusern, Cafés und Volkshochschulen Philocafés angeboten. Sie werden teilweise auf den Websites der einschlägigen, populärwissenschaftlichen Philosophiemagazine publiziert.

Literatur: Marc Sautet: Ein Café für Sokrates. Philosophie für jedermann, Siedler Verlag München 1999. Lutz von Werder: Das philosophische Café. Ein kreativer Weg zur Philosophie, Schibri Verlag Berlin / Milow 1998.

AUSSTELLUNG IN HAMBURG

Revolution! Revolution?

Im Museum für Hamburgische Geschichte am Holstenwall 24 wird seit April die Ausstellung »Revolution! Revolution? Hamburg 1918-1919« gezeigt. Es finden sich seltene Exponate, aber zu wenig Aufklärung über Motivation und Ziele der Rätebewegung.

ANZEIGE

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Probeexemplar gewünscht?
Einfach per mail oder web bestellen

Ausgabe 7/18 u.a.:
- Helmut Born / Beatrix Sassermann: »Klimaschutzkatastrophe« – über Gewerkschaftspositionen zum Kohleausstieg
- Anton Kobel: »Realer Horror« – Tarifflucht von real – Generalprobe für ver.di – und Kaufhof-Karstadt als Zugabe?
- Wolfgang Schaumberg: »Das Gesetz außer Kraft setzen« – 30 Jahre »marxistische Betriebsintervention« bei Opel Bochum
- »Eine landesweite Kraft: LehrerInnen im Iran« – Gespräch mit Loghman Veisi, Vertreter der iranischen Lehrergewerkschaft
- »Die Zukunft inszenieren« – Alexander Behr im Gespräch mit dem kongolesischen Rechtsanwalt Sylvestre Bisimwa über die Kongo-Tribunale
- Maurice Schuhmann: »Die Fabrik ist da, wo die Arbeiter sind!« – Reflexionen zum 45. Jahrestag der ArbeiterInnenselbstverwaltung bei LIP

Niddastr. 64 · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de · www.express-afp.info

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Im Einladungstext heißt es, die Revolution von 1918/19 markiere eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte Hamburgs. Sie stehe am Anfang der modernen demokratischen Ordnung des Stadtstaates. Die Organisatoren haben zahlreiche anschauliche Exponate zusammengetragen, darunter eine rote Fahne aus dem Jahr 1919, die nur durch den findigen Einfallsreichtum der früheren Besitzer erhalten geblieben ist. Zur Zeit des Kalten Krieges, nach dem KPD-Verbot, wurde die Fahne in einer Wassertonne in die DDR geschmuggelt. Heute wird die Fahne in Dresden aufbewahrt. Sie kam als Leihgabe des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr. Ferner wurden Heeres- und Marineuniformen, militärische Schirmmützen, Gewehre, Beinprothesen, zeitgenössische Wahlkampfplakate, historische Fotos und Dokumente gezeigt.

Auf einer Wandkarte aus dem Hamburger Umland sind alle Orte vermerkt, in denen sich Arbeiter und Soldatenräte bildeten. Auch die vier regionalen Räteorganisationen der Marine werden namentlich genannt: der 21er Rat Wilhelmshaven, der Soldatenrat Cuxhaven, der Oberste Soldatenrat der Ostseestation in Kiel und der Oberste Marinerat der Niederelbe in Hamburg. Über ihre Arbeit und ihre politischen Vorstellungen gibt es kaum Informationen.

Auch über die Aktivitäten und Ziele der Arbeiter und Soldatenräte erfahren die Besucher wenig. Sogar der erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin tagte und dessen Mehrheit sich für die Wahl einer Nationalversammlung und damit gegen ein politisches Rätesystem aussprach, wird in der Ausstellung nicht erwähnt. An ihm nahmen außer den in der Ausstellung genannten Vorsitzenden des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, Heinrich Laufenberg, Walter Lamp'l und Karl Hense weitere Delegierte aus Hamburg teil.

Viele Personen tauchen in der Ausstellung zwar namentlich auf, ihre politischen Standpunkte und Ziele werden aber nicht vorgestellt. So kann der unbedarfte Besucher sie nicht einordnen.

Um die Revolutionszeit anschaulicher und greifbarer zu machen, werden verschiedene Zeitzeugen zitiert und in ihrem Alltag begleitet. Darunter ist auch das Ehepaar Olga und Max Schramm mit ihren drei Kindern Percy, Martha und Ruth. Aus Percys Tagebuch werden Passagen zitiert. Über Percys späteren Lebensweg, als Professor für mittlere und neuere Geschichte in Göttingen, als Soldat im Zweiten Weltkrieg, als Kriegsgefangener in amerikanischer Gefangenschaft, der im Anschluss mit einem zweijährigen Lehrverbot belegt wurde, wird in der Ausstellung nicht berichtet.

Ebenso sind die Gründung der KPD zum Jahreswechsel 1918/19 und der Hamburger Aufstand im Oktober 1923 kein Thema in der Ausstellung am Holstenwall. Wer sich die Wahlplakate zur Nationalversammlung aufmerksam anschaut, wird auf dem USPD-Plakat für den Wahlkreis 37 unter Ziffer 12 einen Ernst Thälmann entdecken. Hier wäre für die jüngeren Besucher sicher ein kurzer biografischer Hinweis auf den späteren KPD-Vorsitzenden und die anderen Kandidaten angebracht gewesen. Die Ausstellung ist noch bis zum 25. Februar 2019 geöffnet.

DIE ENERGIEWENDE DER BÜRGER STÄRKEN

Wer sich mit der Energiepolitik der letzten Jahre nur ein wenig auskennt, weiß, dass von »Energiewende« schon lange nicht mehr wirklich gesprochen werden kann. Der Herausgeber des vorliegenden Buches spricht denn auch davon, dass der Wildwuchs der Photovoltaik-, Wind- und Biomasseanlagen von der Bundesregierung kontrolliert werden wolle und damit »ein eigenständiges Wachstum der Bürgerenergie zu einem starken Arm der Energiewende verhindert« werde.

Vom energiepolitischen Mainstream-Journalismus wenig thematisiert, untersucht der Sammelband die gesellschaftliche Bedeutung von unterschiedlichen Initiativformen und Genossenschaften, in denen sich BürgerInnen in ihren Kommunen und Regionen für den Klimaschutz und eine wirkliche dezentrale Energiewende einsetzen. Dabei geht es dann nicht in erster Linie um produzierte Kilowattstunden, sondern um Engagement, Partizipation, Selbstversorgung und Regionalität als wesentliche Merkmale der Bürgerenergie.

Das Buch versammelt zentrale Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt »EnGeno – Transformationspotenziale von Energiegenossenschaften« und Beiträge weiterer Projekte der sozialökologischen Forschung zur Energiewende. Insgesamt 25 AutorInnen untersuchen in elf Beiträgen, auf welche Herausforderungen Aktive in Bürgerenergie-Initiativen stoßen, welche Lösungen sie entwickelt haben und welche Beiträge sie für eine umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation unseres Energiesystems geleistet haben und noch leisten könnten.

Stellvertretend sei hier auf drei von ihnen kurz eingegangen: Daniel Dorniok und Niko Paech untersuchten fördernde und hemmende Faktoren bei der Verbreitung von Energiegenossenschaften und empfehlen den »Weg der Autonomie« als Repolitisierung der beteiligten Genossenschaftsmitglieder und EnergienachfragerInnen, um »möglichst keinen externen Versorger mehr zu benötigen«.

Der Contraste-Redakteur Burghard Flieger diskutiert ausführlich die Chancen verschiedener Prosumenten-Energiegenossenschaften, in denen die Beteiligen sowohl Energie produzieren als auch nutzen. Unter anderem legt er dar, welchen Nutzen die »Weiterentwicklung einer Betriebswirtschaftslehre der Kooperative« als Beitrag einer nachhaltigen Energiewende haben könnte.

Christian Lautermann ermuntert schließlich zusammen mit Reinhard Pfriem die Bürgerenergie-AktivistInnen darin, dass »eine bessere Gesellschaft, eine bessere Welt nur zu haben« sei, wenn sie »nicht nur Opposition gegen den Mainstream artikulieren, sondern bereits heute am Aufbau des Besseren arbeiten«.

Einige der Inhalte sind für Contraste-LeserInnen nicht unbekannt, dennoch bietet der meistens verständlich geschriebene Band wertvolle und Mut machende Informationen für eine wirkliche Energiewende von unten.

Peter Streiff

Christian Lautermann (Hrsg.): Die Energiewende der Bürger stärken - Theorie der Unternehmung; Metropolis-Verlag, Weimar bei Marburg 2018, 322 Seiten, 34,80 Euro

DROGENHÖLLE ODER LUXUSQUARTIER?

Der Sammelband »Gefährliche Orte« des Autor*innenkollektiv Gras & Beton umfasst sechzehn Kapitel über Kreuzberg 36, darunter drei in englischer Sprache. Fünf Artikel befassen sich mit der Geschichte und der aktuellen Situation im Görlitzer Park, drei mit dem Gebiet rund um das Kottbusser Tor. Interviews mit der Leiterin des Polizeiabschnitts 53 Berlin Kreuzberg und einem Mitarbeiter von KOP (Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt) bieten verschiedene Perspektiven auf die Rolle der staatlichen Exekutive. Auch die Kämpfe in Kreuzberg kommen nicht zu kurz – von den Instandbesetzungen und dem subversiven Kreuzberg bis zum Marsch der Geflüchteten, die am 12.Oktober 2012 Kreuzberg erreichten und dort den Oranienplatz besetzten.

Das Buch soll »befähigen, die hysterischen Diskurse und machtpolitischen Ränkespiele um die Gefahrengebiete und bedrohlichen Orte und Plätze dieser Gegend kritisch zu hinterfragen«, so das Autor*innenkollektiv im Vorwort. Die Medien berichten von Kreuzberg SO36, als herrsche dort der Ausnahmezustand. Merkwürdig ist nur, dass die angeblich bedrohlichen Orte, der Kiez, mittlerweile einer der beliebtesten Reiseziele Europas ist. Auch Flüchtlinge kommen in das ohnehin migrantisch geprägte Viertel, einige verkaufen aus Mangel an Perspektiven Marihuana im Görlitzer Park: zusammen mit der harten Drogenszene am Kottbusser Tor ein unhaltbarer Zustand für Politiker*innen, Polizist*innen und so manche Anwohner*innen. Zugleich erlebt Kreuzberg 36 einen beispiellosen Immobilienboom. Befeuert durch einen globalen Kapitalmarkt entstehen Baugruppenhäuser, Carlofts und Urban Townhouses. Auch die Mieten steigen, was lokalen Widerstand gegen Verdrängung und Gentrifizierung mobilisiert. »Drogenhölle und Luxusquartier, Gefahrengebiet und Ballermann-Kiez – Kreuzberg 36 scheint all dies gleichzeitig zu sein«, so beschreiben die Autor*innen die Widersprüchlichkeit dieses Teils Berlins.

Aber nicht nur die gegenwärtige Situation in Kreuzberg 36 wird thematisiert, sondern auch die Geschichte des Kiezes. Woher kommt der Mythos Kreuzberg? Kreuzberg war politisch schon immer tendenziell links. Nach dem Bau der Mauer führte der Bezirk ein Nischendasein. Dann wurde er zum migrantischen Ankunftsort. Bald kamen auch Student*innen, Kriegsdienstverweigerer und Aussteiger*innen. Seit den späten 1970er Jahren gilt Kreuzberg »als Experimentierfeld neuer Formen des Lebens, Wohnens und Arbeitens sowie als Hort politischen Widerstands (…) als ein utopischer Ort für all jene, die nicht zum Mainstream der Bundesrepublik gehören wollten«.

Das Buch ist auch grafisch sehr schön mit Bildern und Infokästen (»Do`s and Dont`s«) gestaltet. Wer auch lange vom Kreuzberger Mythos infiziert war und wissen möchte, was dort gerade passiert, dem und der sei das Buch empfohlen.

Anne Seeck

Autor*innenkollektiv Gras & Beton: Gefährliche Orte. Unterwegs in Kreuzberg; Verlag assoziation a, Berlin/Hamburg 2018, 192 Seiten, 16 Euro

DIGITALISIERUNG, ÖKOLOGIE UND ARBEITSMARKT

Das Buch von Steffen Lange und Tilman Sartorius untersucht die Auswirkungen der Digitalisierung auf Umwelt und Arbeitsmarkt. Was die ökologischen Auswirkungen angeht, kommen die Autoren für den Energieverbrauch und das Abfallaufkommen zu sehr anschaulichen Ergebnissen: Zehn Prozent der globalen Nachfrage nach Strom entfallen auf Kommunikations- und Informationstechnologien. In 2030 könnten es schon 30 Prozent sein. In 2015 wurden 42 Mio. Tonnen Elektrogeräte ausrangiert. In 2020 sollen es 52 Mio. Tonnen sein.

Was die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt angeht, kommt eine viel zitierte Studie von Frey & Osborne für die USA zu der Erkenntnis, dass 47 Prozent der Jobs durch Computer und Roboter ersetzt werden können. Für Deutschland werden nach der gleichen Systematik 42 Prozent wegfallende Stellen prognostiziert. Eine andere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in den USA lediglich neun und in Deutschland zwölf Prozent der Arbeitsplätze bedroht sind. Viele Beispiele belegen, dass der »Kollege Roboter« sich vor allem für gering und mittel qualifizierte Arbeitskräfte als Jobfresser entpuppen kann. Besonders gefährdet sind zum Beispiel Jobs im Bereich der Post- und Zustelldienste, Büro- und Sekretariatstätigkeiten, Berufe im Verkauf sowie im kaufmännischen und technischen Bereich.

Die Digitalisierung trifft auch Akademiker wie etwa im Journalismus. Schon heute werden Zeitungsartikel von Algorithmen geschrieben. Auch Schreibtischjobs mit einem hohen Anteil von Routinearbeiten werden einem starken Rationalisierungsschub unterliegen. Davon sind vor allem Tätigkeiten von Bank- und Versicherungsfachleuten betroffen. Gut bezahlte und gefragte Qualifikationen sind dagegen eher im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaft und in der Softwareentwicklung anzutreffen.

Die Autoren fordern eine Abkehr vom Wachstumspfad, plädieren für eine sanfte Digitalisierung und entwickeln eine Agenda für eine vernetzte Gesellschaft. Hierzu gehören legislative Maßnahmen wie selektive Werbeverbote, Datensparsamkeit und ein Kopplungsverbot für Daten, ein Algorithmus-Gesetz, aber auch die Stärkung von Plattform-Kooperativen und eine Regionalisierung der Wirtschaft durch die Stützung der Digitalisierung bestimmter Bereiche wie ÖPNV, Energie und Konsum. Bei der Gestaltung der Digitalisierung nach Werten von demokratischer Mitbestimmung, Gemeinwohlorientierung und ökologischer Nachhaltigkeit messen die Autoren den Akteuren der Zivilgesellschaft eine hohe Bedeutung zu und kommen zu dem Schluss: »Wir müssen die Digitalisierung an unsere gesellschaftlichen Vorstellungen anpassen und nicht umgekehrt!«

Insgesamt handelt es sich für alle (zivil)gesellschaftlich Engagierten um ein äußerst lesenswertes Buch. Das komplexe Thema wird in einer verständlichen Sprache behandelt und kommt zu fundierten Schlussfolgerungen.

Herbert Klemisch

Steffen Lange, Tilman Santarius: Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit; oekom verlag, München 2018, 268 Seiten, 15 Euro

ERST KOMMT DAS FRESSEN

Wie und was wir essen, wird oft als moralische Entscheidung oder persönliche Geschmacksfrage verhandelt. Wer keine Lust auf die individuelle Suche nach dem richtigen Essen im falschen System hat, schiebt die Frage gern beiseite, gerade als Linke*r. Doch wirkliche gesellschaftliche Veränderung geht nicht ohne eine Revolution unserer Ernährung. Die Krisen und Verwerfungen des globalen Kapitalismus sind eng mit den Umbrüchen eines von Konzernen dominierten Ernährungssystems verknüpft. Die im Juni ausgelieferte Ausgabe 1/2018 von LuXemburg, der Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung, fragt danach, was »Ernährungssouveränität« für ein linkes Transformationsprojekt leisten kann und verbindet so Ökologie und Soziales.

Ein Drittel der erwerbsfähigen Weltbevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Die neuen Landnahmen und die Marktmacht der Lebensmittelindustrie zerstören natürliche Ressourcen und lokale Versorgungssysteme auf der ganzen Welt. Abgehängte ländliche Räume bieten auch autoritären populistischen Bewegungen einen Boden, die »traditionelle« Lebensweisen, und das was sie dafür halten, verteidigen wollen.

Es zeigt sich: Das globale Ernährungssystem scheitert nicht nur an dem Anspruch, die Welt satt zu machen. Es schafft auch neue Abhängigkeiten und untergräbt die Selbstbestimmung von Staaten und lokalen Gemeinschaften. Es sind die Bewegungen von Landlosen und Kleinbäuer*innen im globalen Süden, die sich seit Jahrzehnten für »Ernährungssouveränität« stark machen. Für sie ist der Kampf gegen das Ernährungsregime der Konzerne ein Kampf um Demokratie. Auch hierzulande regt sich Widerstand gegen die Nahrungsmittelindustrie, nicht erst seit den »Wir haben es satt«-Demonstrationen. Wie lässt sich diese Kritik von links aufgreifen, vertiefen und zuspitzen?

Wie sehen Alternativen zu einem Markt des Fressens und Gefressen-werdens auch jenseits von Nischen aus? Wie geht »bio für alle« und wer kämpft dafür? Wie wird eine Bewegung für gutes Essen auch zur Bewegung für gute Produktions- und Arbeitsbedingungen? Wie lassen sich Verbraucher*innen politisieren und was können wir von globalen Bewegungen für Ernährungssouveränität lernen? Dies alles diskutiert die hier anzuzeigende Ausgabe, die einer der seltenen Beiträge dazu ist, Ernährung und Landwirtschaft von »links« her zu politisieren – und so Herrschaft und Ökologie zusammenzudenken. Etwa in dem sie zeigt, wie eine linke Erwerbsloseninitiative in Oldenburg auch für gutes Essen streitet.

Die ganze Zeitschrift, alle Einzelartikel und weitere Onlineartikel können auf der LuXemburg-Website (https://www.zeitschrift-luxemburg.de/erst-kommt-das-fressen/) gelesen werden.

Bernd Hüttner

Luxemburg, Heft 1/2018, Berlin 2018, 132 Seiten, das Abonnement im Print ist kostenfrei.

EINE ANDERE, BESSERE STADT

Ein gewichtiges, über ein Kilo schweres Buch ist anzuzeigen. Aber nicht nur wegen seines Umfangs, sondern vor allem wegen seines Inhaltes und seiner Entstehungsgeschichte im Auftrag der Stiftung Sergio Agustoni.

Agustoni (1948-2012), aufgewachsen im Tessiner Mendrisio, hat Soziologie in Genf studiert und arbeitete von 1980 bis 2008 in Zürich für das Fernsehen der italienischen Schweiz. In seinem Testament verfügte er, dass eine gemeinnützige »Stiftung Sergio Agustoni« gegründet werden soll, um Publikationen zu Stadtentwicklung und zur schweizerischen Arbeiterbewegung und Migration zu finanzieren. Agustoni hat testamentarisch vier Publikationen festgelegt und eine davon ist »Die andere Stadt«, deren Herausgabe von seinem Freund Hans Widmer (aka P.M.) besorgt werden soll.

Hier hat ein Mensch sein Leben lang politisch agiert und ein Erbe hinterlassen, welches vorbildlich und nachhaltig ist.

Das Buch erschien nun Ende 2017 und P.M. hat eine Riege von acht kompetenten AutorInnen um sich geschart, um dieses Projekt zu einem Wegweiser zu machen, sowie selbst vier Beiträge beigetragen. Die Themen reichen von Ökonomie, Selbstverwaltung, Stadt/Land-Projekten über Verkehr, Gesundheit, Demokratisierung des Internets uvm. P.M. als bekennender Liebhaber der Metropole projiziert hier die Idee einer qualitativen, gerechten und sozialen Großstadt, die er nicht an Architektur festmacht, sondern an der Interaktion der in ihr lebenden Menschen. Die AutorInnen legen Zahlen vor, entwickeln Ideen und stellen Thesen zur Diskussion.

Am Beispiel der Stadt Zürich wird für die Erneuerung der Stadt gestritten, und wie darum, sie für die Menschen lebenswerter zu machen; zumal 2050 rund 75 Prozent der Bevölkerung weltweit in Städten leben werden. Wenn z.B. in den Großstädten der Mietwucher tobt, so kann eine Gegenmaßnahme die Wohngenossenschaft sein. Es ist jetzt bereits als Ziel in Zürich definiert, dass bis 2050 rund ein Drittel der Wohnungen von gemeinnützigen Projekten gestellt werden.

Statt selbstfahrenden Autos brauchen wir mehr selbstgehende Menschen, denn mehr Verkehr muss nicht mehr Autos bedeuten. Die Strukturen der Städte müssen geändert werden, und die gerade mal 100 Jahre Geschichte des Automotors zu Ende gebracht werden. Erklärtes Ziel dieses Buchprojektes ist es, einen lustvollen Ausstieg aus der Konsumgesellschaft zu weisen. Zeit dafür wird es.

Mit dem Buch legt P.M. et al auch eine Summe der Erfahrungen vor, die in Zürich von der Haubesetzerszene und dem Projekt »Karthago« bis zu den bestehenden Wohnprojekten wie »KraftWerk1« etc. bis hin zur projektierten Bau- und Wohngenossenschaft »NeNa1« reichen.

Ein wirklich (ge)wichtiges Buch für alle Menschen, die in den Städten nach einem anderen Leben suchen. Ein tolles Buch, das für die Rückeroberung und Aneignung eines sozialen Lebensraumes eintritt.

Jochen Knoblauch

Hans Widmer (Hrsg.): Die Andere Stadt; Paranoia City Verlag, Zürich 2017, 400 Seiten. ca. 40 Euro, Bestelladresse: paranoiacity@paranoiacity.ch
Copyright Bild: Maria Rehli (Illustratorin des Buches)

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

ZIVILCOURAGE

und Gewaltfreies Handeln
11. bis 21. September
(Wuppertal)

Vortragsreihe, beginnend mit der Eröffnung der Ghandi-Preis-Wanderaustellung.
Ort: DiakonieKirche Wuppertal-Elberfeld, Friedrichstraße 1
Info:
www.diakoniekirche-wuppertal.de

WIDERSTAND

RWE will den Hambacher Wald endgültig zerstören.
16. September,
Aufbäumen gegen Kohle
(Hambacher Wald)
21. bis 30. September,
Skillsharing-Camp
25. bis 29. Oktober,
Ende Gelände

Aktuell gibt es sehr ernst zu nehmende Informationen, dass noch vor Oktober die Komplett-Räumung der Besetzung stattfinden soll! Das alles passiert gegen jede Vernunft, während in Berlin die Kohle-Kommission über das Ende der Braunkohle berät, während die Klimaveränderungen auch bei uns sichtbar werden, sollen hier im Rheinischen Revier unumkehrbare Tatsachen geschaffen werden. Menschen werden vertrieben, Dörfer von der Landkarte getilgt, Natur- und Kulturlandschaften geopfert für eine Technik, die den katastrophalen Klimawandel befeuert und die Lebensgrundlage vieler Menschen weltweit vernichtet.
Lassen wir nicht zu, dass rein wirtschaftliche Interessen eines rückwärtsgewandten Konzerns die Oberhand behalten!
Infos:
https://aufbaeumengegenkohle.de
https://www.ecocrowd.de/projekte/aufbaeumen-gegen-kohle
https://hambacherforst.org
https://www.ende-gelaende.org

FREIHANDEL

Entwicklung oder nachhaltige Exklusion?
12. bis 14. Oktober (München)

In den meisten Ländern Zentralamerikas nimmt die Zahl von (ausländischen) Investitionen und Großprojekten stetig zu. Gleichzeitig führt dieser Trend zu immer mehr Umweltproblemen und sozialen Konflikten. Statt die Belange und die berechtigte Kritik der betroffenen Menschen ernst zu nehmen, reagieren Unternehmen und staatliche Institutionen mit Repression. Auf den ersten Blick erscheinen diese Konflikte als isolierte, lokale Menschenrechtsprobleme. Expert*innen und soziale Bewegungen der Region erkennen jedoch einen systematischen Zusammenhang mit einem extraktivistischen, auf den Export ausgerichteten Wirtschaftsmodell. So haben die Freihandelsverträge CAFTA-DR sowie das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union den Außenhandel und das Wirtschaftswachstum belebt. Während dem freien Warenverkehr und Investitionen verbriefte Rechte eingeräumt werden, sucht man in diesen Vertragswerken allerdings vergeblich nach verpflichtenden Klauseln für die Einhaltung der Menschenrechte. Um die Folgen neoliberaler Politik und der Freihandelsverträge genauer zu analysieren und Alternativen zu diskutieren, veranstaltet das Ökobüro mit Vertreter*innen sozialer Bewegungen aus Zentral- bzw. Lateinamerika einen partizipativen Kongress. Interessierte sind herzlich eingeladen mit den Gästen zu diskutieren und eigene Perspektiven einzubringen. Gemeinsam soll überlegt werden, wie Lösungen für die angesprochenen Probleme aussehen könnten und was für ihre Umsetzung nötig ist. Explizit erwünscht ist dabei auch, den Blick auf Ansätze in Deutschland, Europa oder andere Teile der Welt zu richten.
Ort: EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80, 8080336 München
Infos: www.oeku-buero.de,
Anmeldung: nica@oeku-buero.de

GEGEN DIE TYRANNEI

Gewaltfreie Massenbewegungen im Sudan & in Syrien
23. Oktober, 18 Uhr (Göttingen)
Lesung und Gespräch

Lou Marin berichtet über bedeutende Anarchisten, Theoretiker und Antikolonialisten in Syrien und im Sudan. Denn durch die Medien entsteht schnell der Eindruck einer passiven, den bewaffneten Militärs hilflos ausgelieferten Bevölkerung in der afrikanischen Sahelzone und im Mittleren Osten. Dem ist nicht so. Von zwei gewaltfreien Massenbewegungen, in Syrien von 2011 bis 2013 und im Sudan von 1983 bis 1985, liest Lou Marin. Er ist Mitherausgeber des Buches »Im Kampf gegen die Tyrannei«. Zudem äußert er sich zur besonderen Rolle von Frauenaktionen zu Beginn der Massenproteste in Syrien.
Ort: Freie Altenarbeit Göttingen e. V., Am Goldgraben 14, 37073 Göttingen
Info:
www.freiealtenarbeitgoettingen.de

GENOSSENSCHAFT

Quartiergenossenschaften erfolgreich gründen
26. bis 27. November (Stuttgart)

Die gemeinschaftliche Selbsthilfe in der Rechtsform der Genossenschaft erlebt aktuell eine Renaissance. Dies gilt besonders für Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens und für soziale Aktivitäten im Quartier. Genossenschaftliche Lösungen eignen sich im besonderen Maße für Konzepte gemeinschaftlichen Handeln einhergehend mit Immobilienerwerb. Erste Leitfäden, Tagungen und zahlreiche Neugründungen sind die Folge. Erfreulicherweise gibt es vereinzelt auch finanzielle Unterstützung für sozial- bzw. wohnungsgenossenschaftliche Konzepte.
Seminartitel: »Gemeinschaftlichen Wohn- und Immobilienerwerb und Nutzung im Stadtteil organisieren - Quartiergenossenschaften erfolgreich gründen«

Ort: Paritätisches Mehrgenerationenzentrum, Hauptstr. 28, 70563 Stuttgart
Info: www.akademiesued.org

KLEINANZEIGEN

DORF-WOHNPROJEKT

Unser Wohnprojekt in Thüringen in Wichmar an der Saale will wachsen. Politische am sozialen Miteinander Interessierte gesucht. Wagenplatz und Wohnungen. Viel Garten. Jena erreichbar.

Infos und Kontakt: https://wichmar.eu/gesuch, zwerge@wichmar.eu, 01577 5756492

SOMMER- UND HERBSTCAMPS

Sommer- und Herbstcamps im Waldgarten (Nds), 19. - 26.8. & 30.9. - 7.10.
Infos: allmende.bplaced.net/ Sensen, Diskutieren, Jäten, Zelten(nur Aug), Roden, Chillen, Besuch der gourmet-gaertnerei.de

FERIEN IN SPANIEN

Jetzt auch in Jurte Urlaub machen! La Molina Eco Holidays.

Web: www.lamolina.tk

STABWECHSEL IM DRUCKEREI-KOLLEKTIV

»Rest-Kollektiv« mit Angestellten, GWÖ-zertifiziert, sucht NachfolgerIn für Koordination / Organisation / Kundenbetreuung / Kalkulation ab ca. 2020 mit viel Erfahrung im Druckerei-Gewerbe (Offset- und Digitaldruck mit Weiterverarbeitung) und Lust auf gemeinsames Arbeiten in flachen Hierarchien.

info@zollenspieker.de

Kleinanzeigen

Die Mindestgröße von fünf Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat).
Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat).
(Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

info@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß

Es gilt die Anzeigenpreisliste 3/2017.

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
✉christoph.chang@riseup.net
Ulrike Kumpe
✉ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin
BREMEN:
Bernd Hüttner
✉bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉johannes.dietrich@contraste.org
GÖTTINGEN:
Kai Böhne
✉kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎(0 40) 39 90 41 96
✉hilmarkunath@web.de
KASSEL:
Sabine Conti
✉info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
✉regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎(01 70) 58 38 900
✉heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎(02 21) 31 57 83
✉ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎(0 71 44) 33 22 56
✉peter.streiff@netz-bund.de

ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎0043-699 11 28 65 57
✉brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
✉hans.wieser@contraste.org /

SPANIEN:
MADRID:
Eva Sempere
✉layout@contraste.org

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
☎(07 61) 70 90 23
✉genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:
Regine Beyß
✉gemeinschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH
✉klima@contraste.org

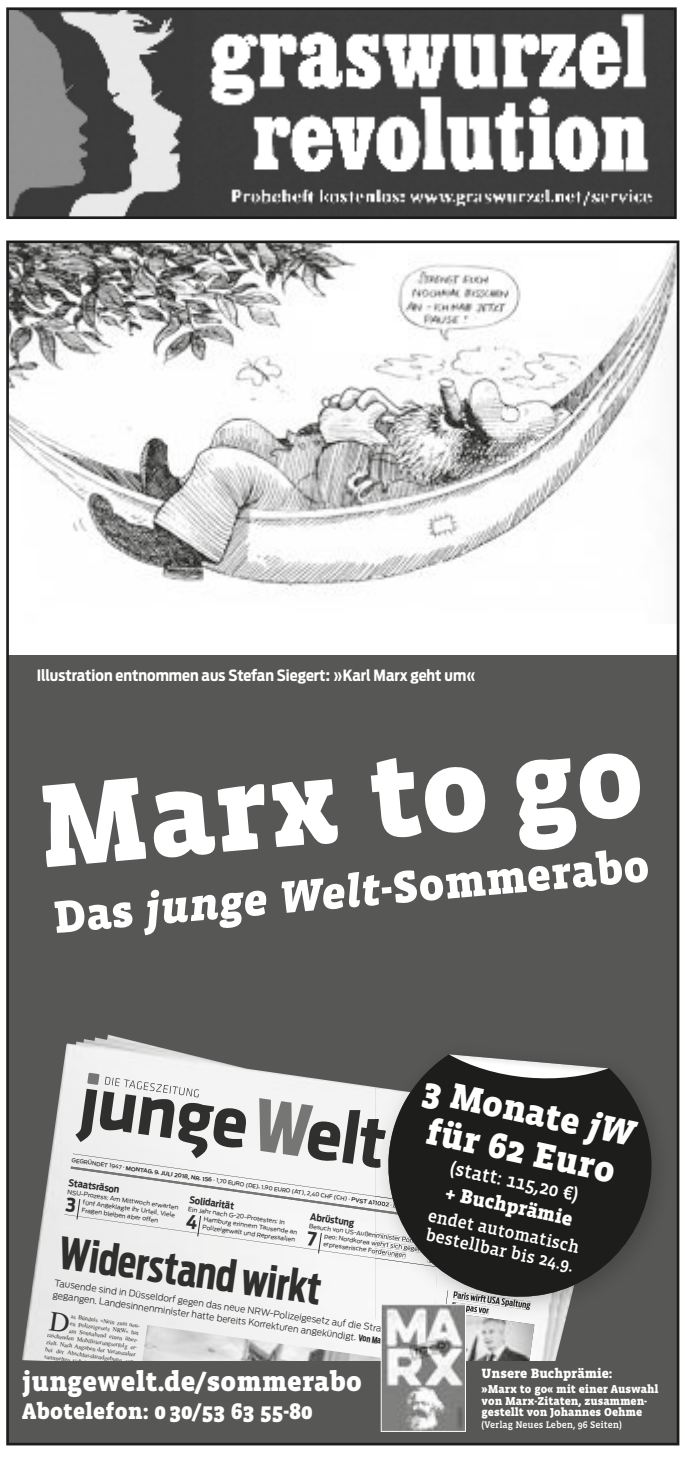
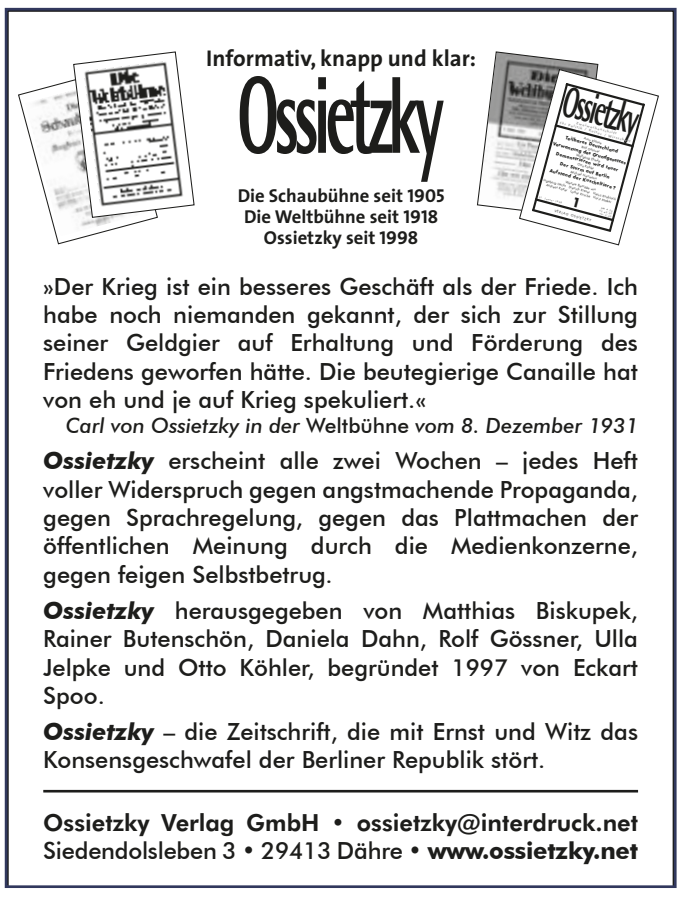
Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG
CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:
Regine Beyß und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck Gmbh und Co KG

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉webmaster@contraste.org

KONTAKT
Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook:
www.facebook.com/contrastemonatszeitung
twitter: contraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN